



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** begrüsst die Anwesenden und insbesondere die geschätzten Gäste und Pressevertreter zur 4. Sitzung dieses Jahres.

Am Wochenende vom 18. bis 20. Juni 2010 habe ganz Langenthal anlässlich des kantonal-bernischen Jodlerfestes gegläntzt und gestrahlt. Dieses Fest sei der Höhepunkt des Jahres 2010 gewesen. Dass dieses Fest so glänzend gelungen sei, sei dem grossen Einsatz all der Männer und Frauen, die sich in der Organisation und der Durchführung engagiert haben, zu verdanken. Im Namen des Stadtrates gratuliere und danke er allen, die zum guten Gelingen dieses Grossanlasses beigetragen haben. Die geleistete Arbeit von Frau Gemeinderätin Paula Schaub als Vertreterin der Behörden, von Herrn Stadtpräsident Thomas Rufener als OK-Präsident sowie die des Stabchefs, Herr Bernhard Bühler, sei besonders erwähnens- und verdankenswert.

Die Stadtratskollegin und Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, Helena Morgenthaler, habe sich einer Operation unterziehen müssen und befinde sich bereits auf dem Weg der Genesung. Er habe eine Grusskarte anfertigen lassen, die unter den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Unterschrift zirkuliere, um Helena Morgenthaler aus dem Parlament gute Besserung zu wünschen.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **33** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
- **7** Mitglied des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Paula Schaub ist entschuldigt abwesend

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** informiert, dass durch den Rücktritt von Stadträtin Beatrice Lüthi (FDP) aus der Kommission für öffentliche Sicherheit und aus der Sozialkommission per 30. Juni 2010 bis zur nächsten Stadtratssitzung am 23. August 2010 Vakanzen entstehen. Damit die beiden Kommissionen möglichst rasch personell vollbesetzt arbeiten können, sei vorgesehen, die heutige Traktandenliste um zwei Geschäfte zu erweitern. **Er schlage vor, die Traktandenliste um die Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für öffentliche Sicherheit (als Traktandum Nr. 12) und um die Ersatzwahl eines Mitgliedes der Sozialkommission (als Traktandum Nr. 13) zu ergänzen** und bittet mittels der orangenen Stimmkarte zu zeigen, ob diesem Vorgehen zugestimmt werde.

- **Dem Vorschlag des Stadtratspräsidenten**, die Traktandenliste um die Ersatzwahl eines Mitgliedes der Kommission für öffentliche Sicherheit (Traktandum Nr. 12) und eines Mitgliedes der Sozialkommission (Traktandum Nr. 13) mit Wirkung ab 12. Juli 2010 (nach Feststellung der Rechtskraft) zu erweitern, **wird einstimmig zugestimmt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zu den Traktanden Nrn. 1 - 6 sind **33** und ab Traktandum Nr. 7 sind **32** Stadträtinnen und Stadträte anwesend



## 1. Gemeinderechnungen für das Jahr 2009; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Auch die Rechnung 2009 der Stadt Langenthal glänze und strahle, und sei mit dem zur Zeit wunderschönen sonnigen Wetter (mit nur vereinzelt Gewitterzellen) vergleichbar. Was in den letzten Wochen in den Medien zu Rechnungsabschlüssen im Allgemeinen vermeldet worden sei, bewahrheite sich auch für die Stadt Langenthal. Auch Langenthal könne sich über ein gutes Ergebnis freuen, welches er gerne präsentiere:

Stadtrat Langenthal

### Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

**Zielsetzung des Gemeinderates**

- Finanzierung der Konsumausgaben durch Steuereinnahmen im bisherigen Rahmen
- Ausgeglichenere Jahresrechnungen bezogen auf die bisherigen Investitionsquoten (Fr. 4 Mio./Jahr)
- Zusätzliche Investitionen über Fr. 4 Mio. (Erneuerung bestehende Infrastruktur) werden im entsprechenden Jahr vollständig abgeschrieben (übrige Abschreibungen) => Aufwandüberschuss

Stadtrat vom 28. Juni 2010

Stadtrat Langenthal

### Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

|                                                                        |                |
|------------------------------------------------------------------------|----------------|
| Voranschlag 2009: Aufwandüberschuss                                    | 5.6 Mio        |
| ./. Übrige Abschreibungen                                              | <u>5.4 Mio</u> |
| <b>Aufwandüberschuss ohne zusätzliche Investitionen/Abschreibungen</b> | <b>0.2 Mio</b> |

Stadtrat vom 28. Juni 2010

Stadtrat Langenthal

### Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

|                               |           |
|-------------------------------|-----------|
| Rechnungsergebnis ausgewiesen | 4.386 Mio |
|-------------------------------|-----------|

**Geprägt durch folgende Faktoren**

- Mehrertrag bei den Steuern
- Mehrertrag Wertschriften
- Minderaufwand bei Abschreibungen

Stadtrat vom 28. Juni 2010

Stadtrat Langenthal

### Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

|                                       | Rg 09    | VA 09    |
|---------------------------------------|----------|----------|
| <b>Bereiche mit positiver Wirkung</b> |          |          |
| <u>Mehrerträge</u>                    |          |          |
| ■ Gesamtsteuerertrag                  | 36.0 Mio | 32.6 Mio |
| ■ Wertschriften                       | 3.6 Mio  | 1.6 Mio  |
| ■ Rückerstattungen von Gemeinwesen    | 17.9 Mio | 16.5 Mio |
| ■ Realisierte Buchgewinne             | 0.5 Mio  | 0.0 Mio  |
| <u>Minderaufwendungen</u>             |          |          |
| ■ Abschreibungen ordentlich           | 3.5 Mio  | 4.7 Mio  |
| ■ Abschreibungen übrige               | 0.8 Mio  | 5.4 Mio  |
| ■ Abschreibungen Finanzvermögen       | 0.4 Mio  | 0.6 Mio  |

Stadtrat vom 28. Juni 2010

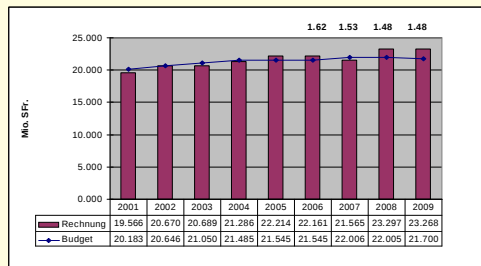


# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010



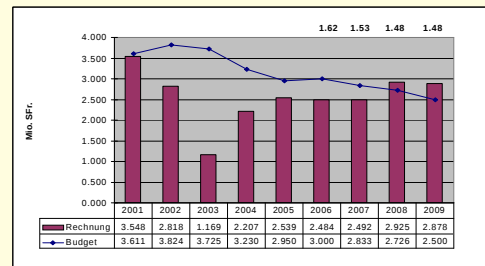
## Einkommenssteuern 2001 - 2009



Stadtrat vom 28. Juni 2010



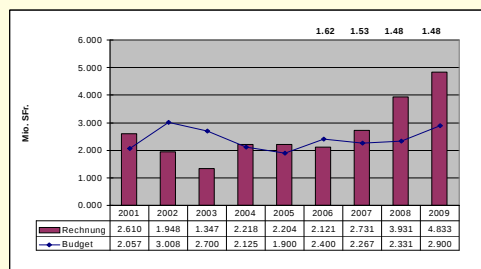
## Vermögenssteuern NP 2001 - 2009



Stadtrat vom 28. Juni 2010



## Gewinnsteuern JP 2001 - 2009



Stadtrat vom 28. Juni 2010

## Abweichungen Voranschlag/Rechnung:

- Einkommenssteuern: rund + Fr. 1,56 Mio.
- Vermögenssteuern: rund + Fr. 0,40 Mio.
- Gewinnsteuern JP: rund + Fr. 1,93 Mio.

Die Steuereinnahmen für das Jahr 2009 basieren auf Werten aus den Jahren 2008 oder früher. Die Wirtschaftskrise sei im September 2008 eingetreten. Dementsprechend sei der Ertrag für das Jahr 2009 noch absolut profitabel ausgefallen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Langenthal einen guten Branchenmix habe und somit anders als andere Gemeinden dem "Klumpenrisiko" weniger ausgesetzt sei.



## Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

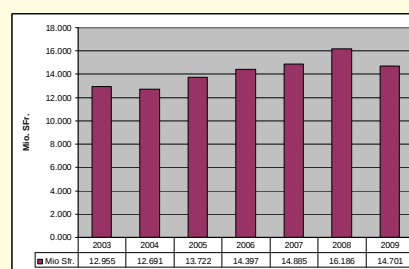
### Bereiche mit negativer Wirkung

|                                     | Rg 09    | VA 09    |
|-------------------------------------|----------|----------|
| ■ Sozialhilfe                       | 15.4 Mio | 14.4 Mio |
| ■ Rückstellung Einkommenssteuer     | 0.6 Mio  | 0.0 Mio  |
| ■ Vermögenserträge, flüssige Mittel | 0.6 Mio  | 0.9 Mio  |

Stadtrat vom 28. Juni 2010



## Anteil Lastenverteilsystem Kanton



Ab 2009 keine Belastung mehr für Anteil AVV und Anteil IV. Minderbelastung rund Fr. 2.1 Mio.

Stadtrat vom 28. Juni 2010



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010



## Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

### Investitionen

|                                             |         |
|---------------------------------------------|---------|
| ■ Bruttoinvestitionen                       | 6.9 Mio |
| ■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen     | 2.0 Mio |
| ■ Nettoinvestitionen                        | 4.9 Mio |
| ➤ Minderausgaben gegenüber Investitionsplan | 7.0 Mio |

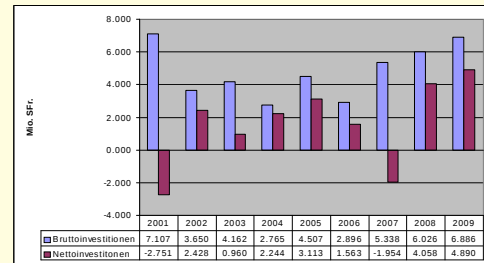
### Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

|                                                          |         |
|----------------------------------------------------------|---------|
| ■ Kauf Parz. 2049, Kindergarten Bäregg                   | 1.5 Mio |
| ■ Stiftung HPS, Mitfinanzierung Bau Turnhalle            | 1.0 Mio |
| ■ Turnhallenstr. 22, Umgestaltung Bibliothek und Eingang | 0.3 Mio |
| ■ Ersatz Brücke Sagibach-Mühleweg                        | 0.2 Mio |

Stadtrat vom 28. Juni 2010



## Investitionen 2001 - 2009



Stadtrat vom 28. Juni 2010



## Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

### Zusammenfassung

|                                      |         |
|--------------------------------------|---------|
| Besserstellung gegenüber Voranschlag | 9.9 Mio |
|--------------------------------------|---------|

### Die wesentlichen Positionen

|                |           |
|----------------|-----------|
| Abschreibungen | - 6.0 Mio |
| Steuern        | - 3.4 Mio |
|                | 0.5 Mio   |

Stadtrat vom 28. Juni 2010

Blende man die zwei wesentlichen Punkte (Abschreibungen Fr. 6,0 Mio. und Steuern Fr. 3,4 Mio.) aus, so stelle man fest, dass der Voranschlag gegenüber der Rechnung lediglich um + Fr. 0,5 Mio. abweiche.



## Rechnung 2009 – Stadt Langenthal

### Zusammenfassung

|         |             |          |
|---------|-------------|----------|
| Aufwand | Voranschlag | 89.2 Mio |
|         | Rechnung    | 88.1 Mio |
| Ertrag  | Voranschlag | 83.7 Mio |
|         | Rechnung    | 89.2 Mio |

Stadtrat vom 28. Juni 2010

### Abweichungen Voranschlag/Rechnung:

|           |                 |
|-----------|-----------------|
| ■ Aufwand | - Fr. 1,10 Mio. |
| ■ Ertrag  | + Fr. 5,50 Mio. |

Nicht zu vergessen seien dabei die Werte der Gemeinde Untersteckholz, deren Rechnung 2009 mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 250'000.00 und mit einem Eigenkapital von rund Fr. 2,0 Mio. abgeschlossen habe. Diese Werte seien in die Rechnung der Stadt Langenthal übergegangen.

Der Gemeinderat sowie die Finanzkommission empfehle die vorliegende Rechnung zu genehmigen.

Die Revision der Jahresrechnungen 2009 sei durch die externe Revisionsgesellschaft BDO Visura erfolgt. Herr Leo Held, leitender Revision der BDO Visura, sei zur Beantwortung von allfälligen Fragen im Zusammenhang mit der Revision der Rechnungen 2009 (Gemeinderechnung der Stadt Langenthal; Gemeinderechnung der Einwohnergemeinde Untersteckholz; Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal) anwesend.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Urs Zurlinden, GPK-Vizepräsident:** Stadtratspräsident Christoph Kuert habe bereits erwähnt, dass sich die GPK-Präsidentin Helena Morgenthaler vergangene Woche einer Operation habe unterziehen lassen müssen und deshalb heute nicht anwesend sei. Seines Wissens sei der Eingriff gut verlaufen, so dass Helena Morgenthaler ihrer Genesung zuversichtlich entgegenblicke. An dieser Stelle wünsche er Helena Morgenthaler viel Zuversicht und gute Besserung von ganzem Herzen. Die GPK-Sitzung vom 21. Juni 2010 - unter seinem Vorsitz und somit ohne die zügige Sitzungsleitung von Helena Morgenthaler - habe ziemlich lange gedauert...

Bei seinem Spitalbesuch habe er Helena Morgenthaler selbstverständlich einen Blumenstrauss überreicht, der Fr. 47.50 gekostet habe. Da diese Ausgabe nirgends budgetiert sei, müsste sie eigentlich in der nächsten Gemeinderrechnung als Nachkredit auftauchen - womit er namens der Geschäftsprüfungskommission zum Thema überleite.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die Verwaltungsrechnung der Stadt Langenthal als auch die der Einwohnergemeinde Untersteckholz ziemlich genau angeschaut und könne deren formellen Ablauf als richtig bestätigen, was auch aus den vorliegenden Revisorenberichten der BDO Visura hervorgehe. Die Geschäftsprüfungskommission beantrage dem Stadtrat deshalb, die vorliegenden Rechnungen zu genehmigen.

Zu Fragen und kurzen Diskussionen habe insbesondere die deutliche Zunahme im Personalaufwand und in anderen Ausgabeposten geführt. Diese Entwicklung lasse den Eindruck entstehen, dass das vorhandene Geld eben auch ausgegeben werde. Aufgrund der Ende 2008 ausgebrochenen Wirtschaftskrise dürfe aber nicht erwartet werden, dass die Steuereinnahmen ewig weiter ansteigen werden, da die Wirtschaftskrise bei den Steuereinnahmen sicher noch Spuren hinterlassen werde. In der Geschäftsprüfungskommission seien auch die Investitionen, welche tiefer als budgetiert ausgefallen seien, thematisiert worden. Mit ein Grund dafür sei das noch nicht realisierte Bauprojekt Kreuzfeld. Im Zusammenhang mit den ordentlichen Investitionen von Fr. 4,9 Mio. anstatt der Fr. 11,9 Mio. würden natürlich die Nachkredite von total Fr. 7,8 Mio. ins Auge springen. Bei genauerer Betrachtung werde aber klar, dass rund Fr. 4,0 Mio. von Fr. 7,8 Mio. gebundene Ausgaben seien. Die rund Fr. 3,8 Mio., die der Gemeinderat in seiner eigenen Kompetenz habe beschliessen können, seien im Vergleich mit den Zahlen vergangener Jahre "im Hick".

**Daniel Rüegger, EVP/glp-Fraktion:** Einmal mehr dürfe der Stadtrat von einem erfolgreichen Abschluss Kenntnis nehmen. An dieser Stelle sei es ihm ein Anliegen im Namen der EVP/glp-Fraktion allen Beteiligten herzlich zum Erreichten zu danken. Besonderer Dank gebühre dem Finanzverwalter, Herrn René Hubacher, welcher während vieler Jahre die Finanzen der Stadt kompetent, umsichtig und mit grossem Engagement betreut habe und nun in seiner Funktion als Finanzverwalter zum letzten Mal zur Rechnungsgenehmigung anwesend sei.

Gemeinderat Jürg Häusler habe die Gründe für das Zustandekommen des drittbesten Ergebnisses der letzten 10 Jahre aufgezeigt. Die grosse Differenz zum Voranschlag sei einmal mehr auf die übrigen Abschreibungen von geplanten, aber nicht realisierten Investitionen zurückzuführen. In diesem Bereich bestehe zweifelsfrei Handlungsbedarf, wobei aber auch klar erkannt werden müsse, dass der Stadtrat diesbezüglich nicht ganz unschuldig sei. Erfreulich sei die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Die EVP/glp-Fraktion denke aber auch, dass die wirtschaftliche Entwicklung ihre Spuren künftig hinterlassen werde. Die Steigerung von 6,2% des Personalaufwandes 2009 gegenüber der Rechnung 2008 sei auffallend. In diesem Bereich hätten temporär nötige personelle Verstärkungen ihre Spuren hinterlassen.

Mit grossem Interesse werde in der EVP/glp-Fraktion jeweils die Nachkredittabelle studiert. Wie bereits gehört, sei die Zunahme von Fr. 7,8 Mio. in der Kompetenz des Gemeinderates bewilligt worden. Die in der Tabelle angebrachte Begründungskolonnie sei hilfreich um die zusätzlichen Ausgaben zu verstehen und zeichne gleichzeitig auch ein Bild über die Budgetdisziplin der jeweiligen Ämter auf. Die notwendigen Revisionsberichte seien vorliegend und würden die Ordnungsmässigkeit der Rechnungen bestätigen.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Gemeinderat in seiner Haltung, die Rechnung auch inskünftig ausgeglichen zu gestalten, das heisse Konsumausgaben durch Steuereinnahmen zu finanzieren und dies bei einer bisherigen ordentlichen Investitionsquote von jährlich Fr. 4,0 Mio. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze alle im Zusammenhang mit den Rechnungen 2009 stehenden Anträge einstimmig.



**Beat Sterchi, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion sei mit dem Rechnungsabschluss sehr zufrieden und danke den Verantwortlichen für die gute Rechnungsführung und trotz der bestehenden grossen Abweichung für die sorgfältige Budgetierung sowie für die sorgfältige Einhaltung der Budgetposten - mit Ausnahme einiger nicht beeinflussbarer Positionen.

Die Rechnung habe an Stelle eines geplanten Defizits von Fr. 5,5 Mio. mit einem Gewinn von Fr. 4,4 Mio. abgeschlossen werden können. In der SVP-Fraktion sei die Frage entstanden, ob falsch budgetiert worden sei, oder ob vor zwei Jahren, als das Budget 2009 verabschiedet worden sei, ein Fehler gemacht worden sei. Sicher könne das gute Ergebnis in erster Linie den Langenthaler Steuerzahlenden verdankt werden. Die Ablieferung von + Fr. 3,4 Mio. Steuern sei bei der Budgetierung nicht vorhersehbar gewesen. Ein Teil der Mehrerträge (Fr. 1,7 Mio.) sei aus Steuereinnahmen der juristischen Personen entstanden, was aber längerfristig und konjunkturbedingt künftig sicher nicht mehr erwartet werden könne. Wogegen der Steuermehrertrag der natürlichen Personen als nachhaltig eingestuft werden könne. Die SVP-Fraktion gehe davon aus, dass auf diesem Niveau auch zukünftige Budgets geplant werden können.

Er erinnere an die Diskussion in den Budgetverhandlungen, ob der Steuersatz auf 1.45 oder 1.48 festgelegt werden soll. Eine Steuersenkung auf den Steuersatz 1.45 wäre ohne Probleme verkraftbar gewesen - aber im Nachhinein sei man natürlich immer gescheiter. Mittlerweile sei der Steuersatz für das Jahr 2010 aber auf den Steuersatz von 1.43 gesenkt worden, womit ein Teil dieser Entwicklung habe nachgeholt werden können.

Bei den Abschreibungen sei eine grosse Abweichung wegen nicht realisierter Investitionen zu verzeichnen. Auch dazu müsse erwähnt werden, dass im Stadtrat, im Gemeinderat sowie in der Finanzkommission ausgiebige Diskussionen über die Abschreibungsmethode stattgefunden haben. Jedermann müsse klar sein, dass das Risiko für grosse Abweichungen bei den im Ausmass des Budgets 2009 geplanten Direktabschreibungen erheblich sei, wenn die Investitionen nicht ausgelöst werden. Dieses Problem werde sich ganz bestimmt auch im Jahr 2010 stellen, da bereits jetzt absehbar sei, dass bei Weitem nicht alle der geplanten Investitionen im Betrag von Fr. 16 Mio. realisiert werden können. Der Gemeinderat habe diesbezüglich aber offenbar reagiert, indem er mit einer neuen Methode versuche, die Investitionen künftig kritischer zu hinterfragen und die Direktabschreibungen etwas zurückzunehmen, damit es nicht mehr zu solchen Schwankungen kommt.

Das Eigenkapital der Stadt Langenthal steige auf Fr. 120,2 Mio. plus den rund Fr. 2 Mio. der Einwohnergemeinde Untersteckholz, womit das Eigenkapital neu rund Fr. 122,1 Mio. betrage. Mit eigentlich grosser Mehrheit sei letztes Jahr vom Stadtrat beschlossen worden, dass das überschüssende Eigenkapital in Form von Steuersenkungen an die Bürger zurückgegeben werden soll. Damals sei auch gesagt worden, dass die Rückgabe in 13 Jahren erfolgen soll. Jedermann sei klar, dass es bei dieser Anwendung in Langenthal im Herbst 2010 zu einer weiteren Steuersenkung kommen werde, ansonsten von der vom Stadtrat festgelegten Praxis abgewichen werde.

Die SVP-Fraktion sei mit dem Rechnungsabschluss zufrieden und empfehle sämtlichen Beschlüssen zuzustimmen.

**Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion:** Von Seiten der FDP/jll-Fraktion gebe es dem bereits Gesagten gar nichts beizufügen. Die FDP/jll-Fraktion stehe einstimmig hinter der Rechnung 2009.

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion danke der Verwaltung für die Rechnungsführung und für die Erstellung der ausführlichen Dokumentation. Auch die SP/GL-Fraktion habe einstimmig beschlossen, die Rechnung 2009 zu genehmigen.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Auch er möchte es nicht versäumen, dem langjährigen Finanzverwalter, Herrn René Hubacher, im Namen des Stadtrates ganz herzlich für dessen langjährige, subtile Arbeit zu danken.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

## III Abstimmung

**Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

### 1. Die Gemeinderechnungen für das Jahr 2009, umfassend

- die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal
  - die Verwaltungsrechnung (=Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde Untersteckholz
  - die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal
- werden genehmigt.

### 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat

---



## 2. Verwaltungsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2009; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der Verwaltungsbericht werde dem Stadtrat gemäss Art. 62 Ziff. 1 der Stadtverfassung zur Genehmigung vorgelegt. Der Verwaltungsbericht sei ein ausführliches Dokument. Er enthalte Informationen über eine Vielzahl von Verwaltungstätigkeiten und eigne sich aufgrund seiner sachlichen Gliederung als Nachschlagewerk. Er diene als Informationsgrundlage für parlamentarische Vorstösse, für Abstimmungen und Wahlen, für Angelegenheiten des Stadt- sowie des Gemeinderates und enthalte in ausführlicher Art und Weise Informationen über die verschiedenen Themenbereiche der städtischen Ämter. Auch ein Behördenverzeichnis sei darin enthalten, welches Informationen über spezifische Funktionen in der Verwaltung sowie über gemeindeübergreifende Organisationen liefere.

Was der Verwaltungsbericht nicht sei, habe er bereits vor einem Jahr erwähnt. Der Verwaltungsbericht sei kein Rechenschaftsbericht, der Auskunft über die politische Tätigkeit der Stadt gebe. Er nehme auch keinen Bezug auf die Regierungsrichtlinien, weil er eben ein Verwaltungsbericht sei.

Im Zusammenhang mit der bestehenden Forderung nach einer politischen Berichterstattung - und damit greife er wahrscheinlich einer Frage vor, die Stadtrat Daniel Steiner vermutlich stellen werde - könne er verraten, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik näher auseinander gesetzt habe und ein EDV-Tool angeschafft habe, welches eine systematische Bearbeitung der Berichterstattung - auch die der politischen Berichterstattung - künftig unterstütze und ermögliche. Gleichzeitig weise er aber auch darauf hin, dass der Gemeinderat mit diesem im Aufbau befindlichen Tool noch keine Erfahrungen habe sammeln können. Es gehe auch darum, die Regierungsrichtlinien organisatorisch und mit den zuständigen Ämtern so zu koordinieren, dass daraus auch Schlussfolgerungen über das politische Geschehen gezogen werden können.

In Anwendung von Art. 41 der Geschäftsordnung des Stadtrates entscheide der Stadtrat bei der Behandlung des Verwaltungsberichtes, welche noch nicht behandelten parlamentarischen Vorstösse und welche erheblich erklärten aber noch nicht ausgeführten Motionen und Postulate abzuschreiben seien (Abs. 4) und nehme zur Kenntnis, dass unerledigte Motionen und Postulate 6 Jahre nach ihrer Erheblicherklärung abgeschrieben werden (Abs. 3).

Der Stadtrat habe mit vorliegendem Verwaltungsbericht die Abschreibung von zwei Vorstössen gemäss Abs. 4 zur Kenntnis zu nehmen und im Sinne von Abs. 3 über die Abschreibung von 12 Vorstössen zu beschliessen. Aus Sicht des Gemeinderates seien die 12 zur Abschreibung beantragten Vorstösse erfüllt worden.

Mit bestem Dank an alle Verfasser und mit speziellem Dank an Frau Valentina Appenzeller, die die Aufgabe gehabt habe alle Beiträge in einen Bericht zusammenzufassen, lege der Gemeinderat dem Stadtrat den Verwaltungsbericht 2009 zur Genehmigung vor.

**Urs Zurlinden, GPK-Vizepräsident:** In Bezug auf die Seitenzahl habe der Verwaltungsbericht 2009 eine Punktlandung geschafft. Wie der vorliegende Bericht 2009 habe bereits der Verwaltungsbericht 2008 genau 197 Seiten umfasst. Dies illustriere deutlich die Erkenntnisse der Geschäftsprüfungskommission, dass die Verwaltung effizient, zügig, präzise und eben seitengenau arbeite. Von einem aufgeblähten Verwaltungsapparat sei keine Spur zu sehen und die anstehenden Aufgaben würden Jahr für Jahr pflichtgemäss erfüllt. Dafür danke die Geschäftsprüfungskommission der Verwaltung. Auch wenn Politiker manchmal den Eindruck "ewiger Nörgeler" und "müffeligler Kritiker" hinterlassen, seien sie sich doch immer wieder bewusst, dass die Stadt Langenthal gut verwaltet sei.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

Der Verwaltungsbericht sei vielleicht nicht unbedingt die spannendste Ferienlektüre. Er sei aber ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk und er enthalte eine wirklich umfassende Darstellung der Ereignisse des jeweiligen Jahres. Die Geschäftsprüfungskommission habe die Probe auf's Exempel gemacht und gefragt, wo wohl der Hinweis auf die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Heinz Holliger zu finden sei, worauf Gaby Heiniger (Protokollführerin der Geschäftsprüfungskommission) den Kopf kurz schräg gehalten habe und sofort vollumfänglich, überzeugend Auskunft darüber gegeben habe, dass sich dieser Hinweis auf Seite 25 unten, im Drittlezten Lemma befinde. Wer dies überprüfen wolle stelle fest, dass es präzis stimme ....

Gemäss Art. 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung Stadtrates sei die Geschäftsprüfungskommission auch die vorberatende Kommission des Stadtrates für die Behandlung des Verwaltungsberichtes. Die Geschäftsprüfungskommission empfehle dem Stadtrat einstimmig, den Verwaltungsbericht zu genehmigen und die Abschriften gemäss dem vorliegenden Beschlussesentwurf zur Kenntnis zu nehmen bzw. diesen zuzustimmen.

**Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion spreche der Verwaltung und den zuständigen Behörden ein grosses Merci für den ausführlichen und immer wieder interessanten Verwaltungsbericht aus. Es gebe immer wieder die eine oder andere aufschlussreiche oder auch lustige Statistik zu entdecken, wie beispielsweise die Statistik, die aufzeige, wie viele Tonnen Geschirr pro Jahr im Alterszentrum Haslibrunnen abgewaschen werden müssen. Natürlich diene der Verwaltungsbericht vor Allem auch als Spiegelbild vergangener Tätigkeiten der Stadt mit all ihren Behörden, Verwaltungen und Kommissionen.

Was das bereits von Stadtpräsident Thomas Rufener angesprochene künftige Leistungsreporting betreffe, so sei die EVP/glp-Fraktion gespannt darauf, was im Zusammenhang mit dem angeschafften EDV-Tool passiere. Mit eben solcher Vorfreude erwarte die EVP/glp-Fraktion den Bericht 2010 in abgespeckter Form - entsprechend einem seitens der EVP-Fraktion bereits früher eingereichten Vorstoss.

Die EVP/glp-Fraktion stimme der Genehmigung des vorliegenden Berichtes zu.

**Roland Christen, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe den Verwaltungsbericht 2009 ebenfalls zur Kenntnis genommen. Das umfassende und aufwändig zusammengestellte Dokument gebe Aufschluss über das Geleistete im vergangenen Jahr. Die SVP-Fraktion danke den Verfasserinnen und Verfassern des Berichts 2009 bestens. Für die SVP-Fraktion stimme die Form des Rechenschaftsberichts. Auch werde weiterhin kein Hochglanzdokument gewünscht, sondern, dass die Form beibehalten werde.

Drei Bemerkungen:

- Die SVP-Fraktion nehme Kenntnis davon, dass die eingereichten Einbürgerungsgesuche gegenüber dem Vorjahr um 15,1% reduziert worden seien.
- Der Kulturpreis von maximal Fr. 10'000.00 sei im Jahr 2008 - wie auch im Jahr 2009 - wiederum an zwei Personen oder an zwei Institutionen vergeben worden. Die SVP-Fraktion bitte den Gemeinderat in dieser Hinsicht etwas mehr Mut zu zeigen, und zumindest zu versuchen, es nicht allen recht machen zu wollen, da es nicht verboten sei, den Preis auch einer Einzelperson zu übergeben.
- Es sei also nicht Stadtrat Beat Sterchi gewesen, der Beschwerde gegen die Erhebung der Hundetaxe beim Regierungsrat eingereicht habe (siehe Verwaltungsbericht 2009, Seite 91 zweitletztes Lemma), obwohl Stadtrat Beat Sterchi der Meinung sei, dass es nicht richtig sei, dass sein kleines Hündchen "Fränzi" so hohe Taxen entrichten müsse. Stadtrat Beat Sterchi habe der SVP-Fraktion bestätigt, damit überhaupt nichts zu tun zu haben...



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

**Renato Baumgartner, SP/GL-Fraktion:** Wie alle Jahre liege auch mit dem Verwaltungsbericht 2009 ein gutes, detailliertes und übersichtliches Nachschlagewerk vor. Vor allem für neue Stadtratsmitglieder wie er eines sei, sei es sehr interessant zu sehen, was im vergangenen Jahr alles passiert sei. Aus dem Bericht könne auch gut herausgelesen werden, welche Personen und Fraktionen im letzten Jahr die fleissigsten gewesen seien. Dank dem Verwaltungsbericht habe er persönlich nicht nur herausgefunden, dass die SP/GL-Fraktion bei den Motionen, Postulaten und Interpellationen ganz vorne dabei, oder sogar an der Spitze gewesen sei, sondern er habe herausgefunden, dass die SP/GL-Fraktion auch Spitzenreiterin bei den Mutationen im Stadtrat, im Gemeinderat und in den Kommissionen gewesen sei. Beim Durchlesen des Verwaltungsberichtes sei ihm eine Kleinigkeit aufgefallen, nämlich, wo sich wohl die beiden nichtwiederfindbaren Verweisquellen (Verwaltungsbericht 2009, Seite 27 oben und Seite 52 Mitte) versteckt haben könnten. Im Namen der SP/GL-Fraktion danke er allen an der Berichterstattung beteiligten für die Arbeit herzlich. Die SP/GL-Fraktion werde den Verwaltungsbericht im Sinne der Antragsstellung annehmen.

**Patric Oppong, FDP/jll-Fraktion:** Wie jedes Jahr liege dem Parlament wieder vorbildlicher und umfassender Verwaltungsbericht vor. Wie letztes Jahr werde auf 197 Seiten beschrieben, was im Jahr 2009 so alles gelaufen sei. Die FDP/jll-Fraktion sei einstimmig für die Genehmigung des Berichtes und danke allen daran Beteiligten für deren aufwändige Arbeit.

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2009 wird genehmigt.**

**2. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der reglementarisch vorgeschriebenen Abschreibung des Vorstosses (Art. 41 Abs. 4 Geschäftsordnung Stadtrat):**

**A Motion Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 31. März 2003 betreffend die Anschaffung von umweltschonenden Fahrzeugen**

*Eingereicht und begründet am 31. März 2003; erheblich erklärt am 30. Juni 2003*

**B Postulat Röthlisberger Susanne (EVP) und Mitunterzeichnende vom 10. November 2003 betreffend Vortrittsregelung Rütshelengässli/Bahnhofstrasse**

*Eingereicht und begründet am 10. November 2003; erheblich erklärt am 19. Januar 2004*

**3. Der Stadtrat beschliesst die Abschreibung der Vorstösse (Art. 41 Abs. 3 Geschäftsordnung Stadtrat):**

**C Motion Steiner Daniel (EVP), Müller Reto (SP) und Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2005 betreffend die prioritäre "Umgestaltung Wuhrplatz" gemäss ÜO Nr. 14**

*Eingereicht und begründet am 22. August 2005; erheblich erklärt am 19. Dezember 2005 (verschobene Behandlung)*

**D Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 13. November 2006 betreffend die Installation von AquaClic in allen öffentlichen Gebäuden inklusive Schulen und Turnhallen**

*Eingereicht und begründet am 13. November 2006; erheblich erklärt am 22. Januar 2007*

**E Postulat (umgewandelte Motion) der EVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Überprüfung, Erneuerung und Schaffung von Kinderspielflächen in Langenthal**

*Eingereicht und begründet am 25. Juni 2007; am 22. Oktober 2007 (aufgeschobene Behandlung) in Postulat umgewandelt und anlässlich der Stadtratssitzung am 19. November 2007 erheblich erklärt.*



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

- F Postulat (umgewandelte Motion) Baer Rolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. Dezember 2007 betreffend die Gewährleistung und die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit bei der Überführung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei**

*Eingereicht und begründet am 17. Dezember 2007; in Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 17. März 2008*

- G Postulat der SVP-Fraktion (Erstunterzeichnende Stadträtin Morgenthaler Helena) vom 17. Dezember 2007 betreffend die Prüfung von Massnahmen für eine saubere Stadt**

*Eingereicht und begründet am 17. Dezember 2007; erheblich erklärt am 17. März 2008*

- H Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der aktuellen Situation von Abfallkübeln (Menge, Sichtbarkeit, Positionierung)**

*Eingereicht und begründet am 21. Januar 2008; erheblich erklärt am 17. März 2008*

- I Postulat Güler-Kaya Aysel (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend die "Ausbreitung gebietsfremder Problempflanzenarten"**

*Eingereicht und begründet am 17. März 2008; erheblich erklärt am 19. Mai 2008*

- J Postulat Rügger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend genügende Baulandreserven in Langenthal für die nächsten Jahre**

*Eingereicht und begründet am 17. März 2008; erheblich erklärt am 19. Mai 2008*

- K Postulat Rügger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend "Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss Jurastrasse/Aarwangenstrasse"**

*Eingereicht und begründet am 17. März 2008; erheblich erklärt am 30. Juni 2008*

- L Postulat des Jugendparlaments Oberaargau (JPO) und Unterzeichnende vom 30. Juni 2008 (eingegangen am 27. Juni 2008): Jugendpostulat «50 Franken ans Abonnement»**

*Eingereicht und begründet am 30. Juni 2008; erheblich erklärt am 20. Oktober 2008*

- M Motion Masshardt Urs (SP) vom 18. August 2008 betreffend "mehr Ferien für alle 21-49-jährigen Angestellten der Stadt Langenthal"**

*Eingereicht und begründet am 18. August 2008; erheblich erklärt am 15. Dezember 2008*

- N Postulat Steiner Daniel (EVP) vom 2. Februar 2009: Prüfung der Einführung eines SMS-Reminder-Services**

*Eingereicht und begründet am 2. Februar 2009; erheblich erklärt am 18. Mai 2009*

## 4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**3. Kunsteisbahn Langenthal AG (KEB AG); wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft; Genehmigung des Sanierungs- und Sicherungskonzeptes gemäss den Ausführungen im Botschaftsentwurf vom 9. Juni 2010; Bewilligung von einmaligen (Fr. 2'225'001.00 und Fr. 670'000.00) und von jährlich wiederkehrenden (maximal Fr. 607'000.00) Beiträgen an die KEB AG; Genehmigung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 25./26. September 2010**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Florinda Wallkamm-Mauricio:** Namens eines Teils der FDP/jll-Fraktion **beantrage sie die Rückweisung** dieses Geschäfts mit folgender Erklärung für dieses Vorgehen:

Der Betrieb der Kunsteisbahn im Schoren gehöre klar zu den öffentlichen Aufgaben, wie zum Beispiel der Betrieb des Schwimmbads und des Stadions. Sie sei deshalb der Meinung - und dies sei sicher in allen Fraktionen unbestritten - dass der Betrieb gesichert und die Kunsteisbahn AG saniert werden müsse!

Es gehöre zu den Pflichten der Stadträtinnen und Stadträte, diese Vorlage gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu Händen der Volksabstimmung zu überweisen. Es liege in der Verantwortung des Stadtrates, ein Geschäft von dieser Dimension so zu überweisen, dass der Souverän klar wisse, wozu er "Ja" sage. Deshalb müsse nun von diesem Recht - Bedenken und Fragen einzubringen, um rechtzeitig Antworten zu erhalten - Gebrauch gemacht werden. Im vorliegenden Geschäft seien einige Fragen offen. Das Parlament dürfe nicht zu einem Durchwink-Gremium degradiert werden, dass nur noch ja sagen dürfe, weil es eigentlich schon "fünf nach zwölf" geschlagen habe. Ein Ja zu dieser Vorlage mit Murren, wie man in den Medien habe lesen können, sei ihrer Meinung nach keine Option.

Die vorhandenen Mittel der KEB AG seien begrenzt und würden kaum für den Start in die neue Saison reichen. Mit einem allfälligen Ja des Volkes Ende September könnte die KEB AG frühestens im November, nämlich nach Ablauf der Referendumsfrist, mit der dringend benötigten Finanzspritze von Seiten der Stadt rechnen. Der Gemeinderat habe seine finanziellen Kompetenzen bereits ausgeschöpft und könne kein zusätzliches Geld mehr sprechen. Zudem gehe sie nicht davon aus, dass eine Bank unter diesen Umständen bereit wäre, einen Kredit zu gewähren. Der Betrieb der KEB AG sei also mit dem vorliegenden Antrag des Gemeinderates nicht gesichert. Falls in der Volksabstimmung ein Nein resultierte, würde nur noch ein Scherbenhaufen übrig bleiben.

Aus diesem Grund schlage sie folgendes Vorgehen vor:

- Der Stadtrat weise das Geschäft zurück und bitte den Gemeinderat gleichzeitig für die nächste Stadtratssitzung im August 2010, einen neuen Antrag zu Händen des Stadtrates, für einen Überbrückungskredit in angemessener Höhe, zur Sicherstellung des Betriebs der KEB AG für die kommende Saison, zu stellen. Damit hätte man Zeit zur Klärung aller offenen Fragen, die in den Fraktionen allgemein diskutiert worden seien, unter Anderem:
  - Bereinigung des Aktionariats
  - Kauf Tribüne
  - Allfällige Befristung des Betriebsbeitrags, der beispielsweise an die Laufzeit des Baurechtsvertrages gekoppelt werden könnte.
- Danach könnte vom Gemeinderat ein überarbeiteter Antrag für ein Sanierungs- und Sicherungskonzept für die KEB AG, für die Bewilligung des wiederkehrenden Betriebskredits und für die Abstimmungsbotschaft zu Händen des Stadtrates an der nächst möglichen Volksabstimmung (zum Beispiel November 2010 oder Anfang 2011) eingereicht werden. Damit wäre zumindest für die Stadträtinnen und Stadträte Zeit vorhanden, um sich ihrer Verantwortung zu stellen und um die offenen Fragen zu klären, bevor der Souverän darüber entscheiden müsse.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

Sie gehe davon aus, dass dieser neue Antrag dann nicht mehr so kurzfristig in den Stadtrat kommen würde, wie der heute vorliegende. Das Ziel sei es, dass der Betrieb der KEB AG für diese Saison gesichert sei, und dass die KEB AG nächstes Jahr saniert werde und mit genügend Betriebsmitteln ausgestattet in die Saison starten könne. Wie bereits erwähnt, **stelle sie deshalb den Antrag, das vorliegende Geschäft zurückzuweisen.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet den Gemeinderat sowie die Fraktionssprechenden Stellung zum Rückweisungsantrag zu beziehen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Im Laufe der Zeit erlebe man so manche Überraschung. Mit dem Votum von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio habe er eine Überraschung erlebt, obwohl sie sich zugegebenermassen abgezeichnet habe. Wer dem Gemeinderat Kurzfristigkeit in Bezug auf ein Geschäft vorwerfe, das von der Finanzkommission am 19. Mai 2010 einstimmig verabschiedet worden sei und darauf vom Gemeinderat an seiner Sitzung vom 2. Juni 2010 ebenfalls einstimmig zu Händen des Stadtrates verabschiedet worden sei, dann überrasche es ihn schon, wenn er nun hören müsse, dass dieses Vorgehen kurzfristig sei. Überrascht sei er auch, dass diese Erkenntnis erst seit heute bestehe und, dass auch erst im Verlauf des heutigen Tages Ideen bestehen, was nun heute noch unternommen werden sollte, nachdem - nach seiner Auffassung - bereits seit letzter Woche Zeichen kursiert hätten, die die Zusammensetzung des Aktionariats betroffen haben.

Der Rückweisungsantrag löse aus seiner Sicht die Probleme in keiner Weise. Damit werde lediglich die Lösung durch eine offenbar erst heute kurzfristig entwickelte Strategie vertagt. Gleichzeitig werde damit auch Unsicherheit gestreut. Drei Punkte seien als problematisch angeführt worden, wozu er Folgendes anmerke:

- Aktionariat: Da stelle sich doch die Frage, was unternommen werden müsste, wenn die Stadt gar keine Aktien hätte? Würde die Stadt dann nicht in der Verpflichtung stehen und sich die Frage stellen müssen, wie es mit der öffentlichen Anlage weitergehen soll, weil - wie Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio bereits gesagt habe - der Betrieb zu einer öffentlichen Aufgabe gehöre. Es wäre keine Aktiengesellschaft, in welcher Shareholder Values erwartet werden dürften.

Mühe bekunde er auch damit zu hören, dass die vom Gemeinderat vorliegende Lösung eine Verwässerung des Aktionariats ergebe. Da stelle sich doch die Frage, worum es schlussendlich eigentlich gehe. Werde denn plötzlich erwartet, dass aufgrund des Sanierungspakets Dividenden ausgeschüttet werden sollen und, dass sich heute Unbeteiligte - die bei der Gründung wahrscheinlich bereits haben überredet und überzeugt werden müssen, mitzumachen - am Aktionariat beteiligen sollen.

Im Übrigen halte er fest, dass wenn das Aktionariat im Vorfeld bereinigt worden wäre, heute vielleicht genau damit argumentiert würde, dass der Gemeinderat ein Aktionariat bereinigt habe, indem er Aktien an sich gezogen habe - die Vorlage aber aus der Sicht des Stadtrates so nicht tragfähig wäre.

Weiter hätten Abklärungen ergeben, dass die Stadt offensichtlich nur weil sie in den letzten Jahren ein Geschenk erhalten habe, Mehrheitsaktionärin sei. Vorher habe der Aktienanteil der Stadt weniger als 50% betragen.

Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass die Stadt als Stadt und nicht als Aktionärin handeln soll.

- Befristung: Der heute geltende, abgeschlossene Baurechtsvertrag laufe weiter bis ins Jahr 2021 mit der Option 10 Jahre verlängern zu können. Man könnte sich die hypothetische Frage stellen, welche Befristung denn genommen werden soll (10 Jahre oder 20 Jahre?) und ob die Beträge aufkumuliert und eine relativ bedeutende Zahl beschlossen werden soll? Dieses Vorgehen könnte auch auf das Stadttheater angewendet werden. Auch dort könnte zusammengezählt werden, was in den nächsten 10 oder 20 Jahren fällig werde, womit man zum gleichen Ergebnis käme, wie im Übrigen in Bezug auf die Badi auch.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

- **Tribüne:** In Bezug auf die Tribüne halte der Gemeinderat fest, dass die ausgearbeitete und vorliegende Lösung ein System verfolge, womit einerseits die Eigentumsverhältnisse aller Beteiligten (es gebe Beteiligte, die eine grössere Rolle spielen und somit fast zum siamesischen Zwilling werden, namentlich der SCL) bereinigt werden, andererseits aber auch die Zusammenarbeit zwischen SCL und der KEB AG für die Zukunft geregelt werde, so dass eben klar definiert sei, wem was gehöre. Bereits heute bestehe eine Regelung, die aber mit Unterbaurechten damals relativ kompliziert habe installiert werden müssen. Diesbezüglich strebe der Gemeinderat in der Vorlage eine Bereinigung an.

Der Argumentation, dass es um den SCL und somit um die Nati-B-Mannschaft gehe, und dies mit der Frage zu verbinden, ob dies im Schoren noch gewollt sei, halte er entgegen, dass der SCL rund 400 Mitglieder habe und, dass dieser eine Eishockeyschule für über 200 Jugendliche betreibe, die vom Vereinsangebot Gebrauch machen, was aber ohne Kunsteisbahn nicht möglich wäre.

Bezüglich der Meinung, die Vorlage sei zu kurzfristig, halte er fest, dass rund zwei Jahre daran gearbeitet worden sei. Viele Kräfte seien dazu eingesetzt worden. Einerseits vom Verwaltungsrat der KEB AG, dem er im Namen des Gemeinderates für die gute Zusammenarbeit danke. Andererseits seien aber auch Vereinbarungen von weiteren Beteiligten ausgearbeitet worden, um das Geschäft vollziehen zu können.

Wie von Herrn Tobias Granwehr im Langenthaler Tagblatt am Samstag bereits angemerkt worden sei, zeichne sich "fünf vor zwölf" nun eher ein Show-Down, als ein Show-Up ab, anstatt dass endlich von der Sachlage Kenntnis genommen werde, um das Problem zu lösen. Der Gemeinderat nehme in Anspruch, dass die Vorlage die Bereinigung von Altlasten transparent aufzeige, die in einem politischen System laufend beschlossen worden seien. Früher sei die Vertretung der Kunsteisbahngeschäfte noch an den Finanzvorsteher delegiert worden, wogegen die Vertretung der Geschäfte heute als städtische Kernaufgabe und somit als Angelegenheit des Stadtpräsidenten gehandhabt werde. Es gehe um die Lösung für die Zukunft und diese Zukunftslösung sei mit einem Maximalbetrag definiert.

Wenn das Geschäft zurückgewiesen und nochmals eine Überbrückung definiert würde, würde dies - und dabei stütze er seine Aussage auf die kürzlich geführte Unterredung mit dem Verwaltungsratspräsidenten der KEB AG - in Bezug auf heutige Aussagen kein Problem für den Start des Betriebes darbieten. Dementsprechend lasse sich die Lösung mit einem weiteren Kredit aufschieben, was aber heisse, dass man sich in einer späteren Phase nochmal und mit einem höheren Betrag mit dem Problem befassen müsste, wobei davon auszugehen sei, dass die Vorlage materiell nicht wesentlich anders sein würde.

Ohne Jurist zu sein und sich auf juristische Aussagen zu versteifen, nehme er in Bezug auf die formelle Situation immerhin zur Kenntnis, dass die Rückweisung des Geschäftes an den Gemeinderat gleichzeitig mit einer Auflage verbunden werden soll. Dieses Vorgehen erachte er als nicht ganz unbestritten, da er denke, dass es eigentlich allen klar sein sollte, wie sich dadurch die Sachlage der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament darstelle. Normalerweise werde der Gemeinderat über einen parlamentarischen Vorstoss (Motion) beauftragt, ein Geschäft zu ändern. Dieses Vorgehen (Rückweisung in Verbindung mit einer Auflage) könnte dazu verleiten, es künftig immer so zu machen, wenn einem etwas nicht entgegenkomme. Demgemäss gelte es sich diesen Schritt gut zu überlegen.

Es sei ihm ein grosses Anliegen, dass die Stadt Langenthal die Situation der KEB AG Schoren regle und, dass am heutigen Abend ein wichtiger Grundstein dazu gelegt werde. In diesem Sinne plädiere er im Namen des Gemeinderates auf Ablehnung des Rückweisungsantrages.

**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion mit neun Fraktionsmitgliedern, wovon heute acht anwesend seien, habe das Geschäft auch eingehend geprüft. Im Laufe der Diskussion seien unterschiedliche Meinungen vertreten worden, die dann aber wieder ins Lot gebracht worden seien, so dass die SVP-Fraktion heute geschlossen hinter der Vorlage stehe. Wenn man zehn Meisterköche frage, was zu einem ausgewogenen Menu gehöre, werde man unzählige Vorschläge erhalten und jedes Menu wäre mit Sicherheit ein Genuss. Bei einer Sanierung dagegen könne allerdings von Genuss keine Rede sein. Sanieren sei Knochenarbeit. Es gebe Verlierer und Lorbeeren würden sich auch keine holen lassen. Je mehr Personen in den Entscheidungsprozess eingebunden seien, um so mehr Rezepte werde es geben, wie man den versalzten Hauptgang noch retten könnte.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

Heute sei von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio ein weiteres Rezept vorgestellt worden, das in ein paar Punkten aber noch näher erklärt werden müsste:

- Wie sieht die Strategie aus, wenn beispielsweise im Aktionariat (was offensichtlich plötzlich einen primären Stellenwert eingenommen habe) das vorgestellte Quorum nicht erzielt werden kann, indem vielleicht nur 70% erreicht würden?
- Wie sieht die Strategie in Bezug auf die Umsetzung der noch zu fällenden Beschlüsse aus? Wird die FDP dabei mitmachen oder nicht?
- Wie sieht die Strategie aus, wenn die Drittdarlehensgeber ihre Darlehen, gestützt auf die heutige Diskussion, kündigen?

Es gehe dabei um Darlehen von rund Fr. 650'000.00. Auch die Stadt als Hauptgläubigerin müsste sich diese Überlegungen eigentlich machen, weil kein Sanierungskonzept bestehe. Ergo, müsste die Stadt an und für sich auch kündigen.

- Wie sieht die Strategie aus, wenn die KEB AG, gestützt auf die heutige Diskussion, nicht mehr beliefert würde und mit Vorauszahlungen arbeiten müsste?

Auch die Überlegungen der Burgergemeinde müssten in die Strategie miteinbezogen werden, da offenbar dahin gearbeitet werde, mitunter das Baurecht bzw. die Option dazu nicht mehr ausüben zu wollen.

Mit dem von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio beantragten Vorgehen, würden sehr viele Betätigungsfelder aufgerissen, ohne dass am heutigen Abend von Seiten der FDP eine Idee hörbar sei, was zu tun wäre, wenn diese Fälle eintreten würden.

Was die angesprochene Liquidität der KEB AG betreffe, so höre er heute Abend zu ersten Mal davon. Als jemand, der auch schon eine Bilanz, eine Erfolgsrechnung und ein Budget gelesen habe, sei er der Meinung, dass die Liquidität bis zur Umsetzung des Entscheides ausreiche.

Er warne davor mit dem Feuer zu spielen. Nicht zu wissen, was mit dem Rückweisungsantrag und somit mit einer zeitlichen Verschiebung der Vorlage von zwei bis drei Monaten aufgerissen werde, berge grosse Gefahren und löse die Probleme nicht. Über die Tribüne könne man logischerweise geteilter Meinung sein. Sie sei nun aber im Sanierungskonzept enthalten - was seiner Meinung auch eine für die Zukunft vernünftige Lösung sei - um damit die Besitzesverhältnisse und die Handlungsfreiheit der KEB AG zu regeln.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte er um Ablehnung des Rückweisungsantrages.

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio habe von politischer Verantwortung gesprochen und genau darum gehe es: Der Stadtrat habe heute Abend die politische Verantwortung einen politischen Grundsatzentscheid zu treffen, indem er Ja zur Sanierung und zur Sicherung der Zukunft der KEB AG, oder eben Nein, und damit zur Verschleppung und nach hinten Verschiebung der strukturellen Problemlösung, sage.

Stadtpräsident Thomas Rufener habe bereits gesagt, dass der Rückweisungsantrag nicht mit einem Handlungsauftrag an den Gemeinderat verbunden werden könne. Es stünde dem Gemeinderat frei - wie er das bei Budgetangelegenheiten auch schon gemacht habe - genau die gleiche Vorlage nochmals zu bringen - was er persönlich in Anbetracht der einstimmigen Entscheide in den vorberatenden Behörden persönlich sogar begrüßen würde.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion bitte er den Rückweisungsantrages abzulehnen, um ein Zeichen für ein Ja zum Eisenbahnbetrieb ab der neuen Saison zu setzen. Zudem gebe es im Laufe der Debatte noch genügend Möglichkeiten, Korrekturen mit Anträgen in die Vorlage einzubringen.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion:** In der SP/GL-Fraktion habe sich die Diskussion auch um die Eigentumsverhältnisse im Aktionariat der KEB AG gedreht. Die SP/GL-Fraktion befürworte den Standort Schoren einstimmig und ohne Vorbehalte sowie die Tilgung von sämtlichen Darlehen durch die Stadt. Auch der wiederkehrende jährliche Betriebsbeitrag werde gutgeheissen. In Bezug auf die Zusammensetzung des Aktionariats nach der finanziellen Sanierung und nach dem Kauf der Tribüne, sei die Meinung der Fraktion jedoch gespalten.

Heute bestehe nun die Gelegenheit, die Eigentumsverhältnisse zu regeln. Eine Übernahme des gesamten Aktienpakets durch die Stadt erscheine der SP/GL-Fraktion, mit der Tilgung sämtlicher Darlehen und dem Kauf der Tribüne, als gegeben. Die SP/GL-Fraktion unterstütze deshalb den Rückweisungsantrag von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio und hoffe, dass damit eine gute Lösung, die auch vom Souverän im September angenommen werde, vorgelegt werden könne.

**Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion:** In Ergänzung zum bereits von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio Gesagten beantworte er die eine oder andere in der Diskussion gestellte Frage.

Das Geschäft sei ein vom Gemeinderat eingereichtes Traktandum, das die Idee enthalte dem Volk - im Zusammenhang mit der Sanierung der KEB AG - eine Vorlage (Botschaft) zu unterbreiten. Seinem Verständnis nach, sei es nun am Stadtrat entweder über die Vorlage zu beraten, oder diese zurückzuweisen. Im Rahmen der Beratung - so verstehe er es zumindest - dürfte und sollte es jederzeit möglich sein, den Vorschlag des Gemeinderates in irgendwelcher Form abzuändern, solange im Rat eine Mehrheit dafür gefunden werde.

In wie weit, oder ob der Vorschlag aus der FDP/jll-Fraktion - das Geschäft zuerst zu bereinigen und anschliessend sauber aufbereitet wieder in den Stadtrat zu bringen - eine Verschleppung zur Folge hätte, sei er sich persönlich nicht so sicher, da es weder im Interesse der Stadt, der KEB AG, des SCL noch im Interesse der FDP/jll-Fraktion liege, das Geschäft noch länger zu verschleppen, als dies schon geschehen sei. Wogegen sicher sei, dass die Sanierung mit dem Vorschlag aus der FDP/jll-Fraktion keinen Franken mehr, als die heute vorgeschlagene Lösung kosten würde. Mit der Differenzierung, ob der Vorschlag (im August einen Überbrückungskredit für die Saison 2010/2011 zu sprechen) ein Auftrag an den Gemeinderat, oder ein konstruktiver Lösungsvorschlag darstelle, bewege man sich seiner Meinung nach im Bereich der Haarspalterei. Wichtig sei, dass sich die finanziellen Konsequenzen grundsätzlich nicht ändern würden, wenn heute dem Vorschlag aus der FDP/jll-Fraktion nachgelebt würde. Zudem bestünde dadurch der Vorteil, dass das Geld für die laufende Saison rascher gesprochen werden könnte, weil an der Stadtratssitzung am 23. August 2010 abschliessend über die Tranche beschlossen werden könnte. Damit wüsste sowohl die KEB AG, als auch der SCL bereits Ende August bzw. nach Ablauf der Referendumsfrist im September definitiv, wo sie in dieser Saison genau stehen würden.

Wer die gemeinderätliche Vorlage - umstritten, wie sie in vielen Punkten sei - obwohl heute zum Teil grosse Einigkeit demonstriert werde - so vor's Volk bringe, riskiere allenfalls ein Nein des Volkes. Weil gewisse Sachen, die eben bereinigt sein müssten, eben nicht bereinigt wären. Wenn im September das Volk Nein sage, dann sei er persönlich auf die Antworten gespannt, die der Gemeinderat auf die Fragen (Was passiere, wenn Dritte ihre Darlehen kündigen? Was passiere, wenn Vorauszahlungen geleistet werden müssen? etc), die Stadtrat Willi Lanz vorhin gestellte habe, geben wolle. Diese Fragen, denke er, müssen nicht dem Stadtrat gestellt werden, sondern diese Fragen gelte es zu klären, sobald man das Traktandum in irgend einer Form in den Stadtrat bringen wolle, weil bereits Diskussionen über das Traktandum selber Folgen dieser Art auslösen können, da man ja nicht wissen könne, was der Souverän dann schlussendlich entscheiden werde.

Zur Bereinigung des Aktionariats: Die Stadt Langenthal habe aus welchen Gründen auch immer 51% der Aktien. Mit diesen 51% können in aller Regel die gewöhnlichen Entscheide durchgesetzt werden. Es gebe im Aktienrecht gewisse Entscheide, die mit 51% nicht durchgesetzt werden können, weil es dazu zum Teil eine 2/3-Mehrheit brauche. Es gebe aber auch einzelne Aktionärsrechte, die man sogar mit 10% wahrnehmen könne, was seiner Meinung nach eine zwingende Voraussetzung sein müsste, um eine solche Sanierung an die Hand zu nehmen.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

Er stimme Stadtpräsident Thomas Rufener zu, dass sich damit finanziell nichts ändere. Auch er gehe persönlich davon aus, dass von Drittaktionären ausserhalb der Stadt Langenthal keine substanziellen Mittel zur Sanierung bereit gestellt werden. Sollte dies wider Erwarten aber doch so sein, wäre die Freude seinerseits um so grösser. Selbstverständlich gäbe es auch gar nichts dagegen einzuwenden, dass die mithelfenden Aktionäre ihre Quote auch behalten. Wenn aber die Stadt schon 100% der Sanierung der KEB AG übernehme, sollte auch dafür gesorgt werden, dass mindestens 90,1% der Stimmen der Stadt gehören. Er habe nichts gehört und wäre froh, wenn der Gemeinderat darüber informieren würde, was tatsächlich passiere, wenn der Souverän die Vorlage ablehne und ob er sich Gedanken darüber gemacht habe.

Die FDP/jll-Fraktion sei mehrheitlich der Meinung, dass die Vorlage zu viele offene Fragen beinhalte. Gleichzeitig sei man in der Fraktion aber auch der Meinung, dass das Geschäft nicht verschleppt werden soll. In der Fraktion gehe man davon aus, dass wenn eine Bereinigung der vorliegenden offenen Fragen vorgenommen werde, über die Vorlage irgendwann zwischen Januar und April 2011 vom Volk abgestimmt werden könnte. Wenn die Vorlage zu dieser Zeit zur Volksabstimmung gebracht würde, könnten sich alle beteiligten Player auf die Saison 2011/2012 mindestens mit einer Vorlaufzeit von ungefähr sechs Monaten auf die neue Situation einstellen und müssten nicht mitten in der Saison plötzlich irgendwelche neue Szenarien aufgleisen.

In diesem Sinne würde er sich freuen, wenn der Rückweisungsantrag von Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio bzw. der FDP/jll-Fraktion grosse Unterstützung finden würde.

**Roland Christen:** Bis heute um 19.45 Uhr sei der SVP-Fraktion noch alles klar gewesen. Jetzt werde diese Klarheit vermisst, **weshalb er ein Time-Out** beantrage, damit sich die Fraktionen zur Beratung und Diskussion zurückziehen können.

**Stadtpräsident Christoph Kuert:** Bittet mittels der orangen Stimmkarte zu zeigen, ob dem Ordnungsantrag von Stadtrat Roland Christen für ein Time-Out von 15 Minuten zugestimmt wird.

■ **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadtrat Roland Christen (Time-Out von 15 Minuten) mehrheitlich zu.**

**Beat Sterchi** verlangt vom Stadtratsbüro vor dem Time-Out verbindlich und klar aufgeklärt zu werden, ob mit einer Rückweisung dem Gemeinderat gleichzeitig eine Auflage gemacht oder eine Weisung erteilt werden könne oder nicht?

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Die Situation scheine offenbar auch für Juristen - wie Stadtrat Beat Sterchi einer sei - nicht ganz klar zu sein. Die von ihm durchgeführte Klärung dieser Frage habe bis anhin nur zu einem **JEIN** geführt, weshalb er Stadtschreiber Daniel Steiner um die Beantwortung der Frage bitte.

**Stadtschreiber Daniel Steiner:** Er erinnere an die ähnliche "Stadtrats-Episode" aus dem Jahr 2007, die vielen Anwesenden im Saal noch bekannt sei dürfte, als das Budget vom Parlament an den Gemeinderat zurückgewiesen worden sei. Damals sei die Rückweisung gleichzeitig mit zwei Auflagen verbunden (Auflage a = anderer (tieferer) Steuersatz; Auflage b = das Budget müsse ausgeglichen sein) an den Gemeinderat überwiesen worden. Der Gemeinderat habe dann das Budget aber nicht so gebracht, wie's der Stadtrat gerne gehabt hätte. Bereits damals hätten sich die gleichen Fragen gestellt, wie das heute der Fall sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe damals unter Anderem dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die entsprechenden Fragestellungen unterbreitet und habe eine schriftliche Antwort erhalten.

Unter Beizug der geltenden, heute akzeptierten Kommentare zum Gemeindegesetz laute die Antwort auf die konkrete Frage, ob mit der Rückweisung eine Auflage verbunden werden kann: Ja, das sei möglich!

Im Budgetgeschäft sei es damals anders gelaufen, weil der Gemeinderat seinerseits aus dem Finanzhaltungsgesetz heraus auch eine Verantwortung habe. Aus diesem Grund sei damals angeführt worden, dass der Gemeinderat keine rechtliche Verletzung begangen habe, indem er der Auflage, die der Stadtrat gemacht habe, nicht nachgekommen sei.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

Vorweg halte er ausdrücklich fest, dass der bisher einzige und von Stadträtin Florinda Wallkamm-Maurico gestellte Rückweisungsantrag weder im Grundsatz noch entsprechend den Ausführungen eine Auftragsformulierung enthalte. Stadträtin Florinda Wallkamm-Mauricio habe lediglich "Antrag auf Rückweisung des vorliegenden Geschäfts" gestellt.

Falls ein konkreter Antrag (beispielsweise mit dem Inhalt, dass der Gemeinderat auf die nächste Sitzung ein Geschäft bringen soll, das die Finanzierung des Betriebs der KEB AG nur für ein Jahr garantiere und regle) gestellt würde, dann wäre das im juristischen Verständnis mindestens ein Grenzfall, weil mit der Rückweisung normalerweise ein Geschäft mit zum Geschäft selber verbundenen Forderungen zurückgegeben werde. Bei vorliegender Thematik könnte jedoch zumindest auch verstanden werden, dass ein anderes Geschäft verlangt werde, also nicht wieder das gleiche und somit nicht die Sanierung der KEB AG auf lange Sicht hinaus. Sondern, es wäre die Finanzierung einer Liquiditätsüberbrückung für die KEB AG. Darauf gründe das von Stadtratspräsident Christoph Kuert erwähnte JEIN.

Es bestehe die Hoffnung auf eine politischen Lösung, da weder er noch die heute anwesende Fachbereichsleiterin Recht, Frau Mjriam Tschumi Walder, aus dem Stand heraus ein Rechtsgutachten zu diesen speziellen Fragen abgeben könne.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Offenbar gebe es kein Reglement, das die Rückweisung in Verbindung mit Auflagen an den Gemeinderat verbiete. Dementsprechend wäre es grundsätzlich möglich, dem Antrag auf Rückweisung noch eine Ergänzung, ein Auflage für den Gemeinderat mitzugeben.

**Beatrice Lüthi:** Was momentan im Stadtrat betrieben werde, könne als semantisches Onanieren bezeichnet werden. An und für sich sei es so, dass die Stadtratsmitglieder das Problem lösen wollen - und zwar unabhängig ihrer Fraktionszugehörigkeit. Auch die FDP/jll-Fraktion wolle das Problem lösen.

Es gelte sich folgende Szene im Restaurant vorzustellen:

Kellner: *"Was hätten Sie gerne, Rösti und Geschnnetzelt?"*

Gast: *"Nein, ich hätte lieber etwas anderes."*

Kellner: *"Blöd, dann gibt's nichts oder ich werde Sie später das gleiche wieder fragen - allenfalls könnten Sie das Geschnnetzelte aber mit Nüdeli bekommen!"*

Gast: *"Ich hätte aber lieber keine Nüdeli ....."*

Kellner: *"Dann gibt's wie gesagt nichts, oder ich frage Sie später nochmal!"*

Der Stadtrat sei der Boss. Es sei systemimmanent, dass der Stadtrat einen Antrag des Gemeinderates begutachten könne und auch sagen könne, dass er damit allenfalls etwas anderes wolle. Persönlich sei sie schon im Jahr 2007 (Budgetbeschluss) dezidiert anderer Meinung gewesen, als der Stadtrat eine Diskussionsgrundlage vom Gemeinderat gewollt habe, der diese aber nicht einmal vorgelegt habe. Der Gemeinderat habe dem Stadtrat damals also nicht das gebracht, womit der Stadtrat à fonds, in Kenntnis aller Umstände, hätte diskutieren können.

Sie bitte jetzt nicht darum, das Gemeindegesetz oder das AGR - wie im Jahr 2007 - zu bemühen und quasi zu "onanieren", sondern sie bitte darum, die offenen Fragen jetzt zu regeln, so dass man es zu Stande bringe, den Betrieb der KEB AG gleichzeitig zu gewährleisten. Um diese Frage gehe es jetzt und nicht darum, ob man Auftrügchen, Auflägchen oder Vorbehältchen machen könne. Man wolle das Problem lösen. Sie wäre echt dankbar, wenn diese Fragestellung angegangen würde.

Sie erlaube sich pointiert und für einmal etwas arrogant darauf hinzuweisen, dass sie seit einem Jahr im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) als Beraterin für Frau Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf arbeite, welche ihr noch nie gesagt habe, dass sie blöd oder unbegnadet sei...



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** ordnet ein Time-Out von 15 Minuten an. Im Anschluss daran wolle er von der FDP/jll-Fraktion hören, ob der Rückweisungsantrag allein als Rückweisungsantrag gestellt worden sei, oder ob dieser mit einer Auflage verbunden sei. Falls ein Auftrag damit verbunden werde, erwarte er eine genaue Formulierung.

**Die Beratung wird um 20.20 Uhr für ein Time-Out von 15 Minuten unterbrochen.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** erklärt das Time-Out um 20.35 Uhr für beendet und fordert die FDP/jll-Fraktion auf Stellung zu beziehen, ob der gestellte Rückweisungsantrag mit oder ohne Auflage zur Abstimmung gebracht werden soll.

**Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion:** Sie habe mit ihrem Antrag eine grössere Diskussion losgetreten, obwohl es ihr eigentlich darum gehe, die Zukunft der KEB AG in jedem Fall sicher zu stellen. Auf keinen Fall wolle sie eine Verzögerung des Geschäfts, sondern, dass im Stadtrat das Recht wahrgenommen werden könne, Fragen so rechtzeitig stellen zu können, um rechtzeitig Antworten darauf zu erhalten. Bereits in ihrem Votum zum Rückweisungsantrag habe sie gesagt, dass es ihr nicht darum gehe, eine ganz andere Lösung anzustreben, sondern wie bereits erwähnt, gewisse offene Fragen, die offenbar im Raum stehen - ansonsten die Medien in der Berichterstattung am Samstag kaum zum Schluss gekommen wären, dass da noch sehr viel am Rumoren und am Tun sei und ein Ja wohl nur mit einem Murren zu Stande komme - beantwortet haben wolle.

Im Übrigen sei es nicht an ihr, dem Stadtrat Strategien vorzuschlagen, wie dies von Stadtrat Willi Lanz angemerkt worden sei, sondern es sei Sache der KEB AG und allenfalls des Gemeinderates. Als Mitglied des Stadtrats könne lediglich über Strategien mitdiskutiert, diese aber nicht entwickelt werden; vor allem sei es nicht ihre persönliche Aufgabe. Sie habe sich auch gefragt, was heute Abend für ein Signal ausgesendet werde, wenn der Stadtrat dem Geschäft zwar zustimme, aber doch deutlich darauf hinweise, dass nach wie vor sehr viele Fragen offen seien, zu deren richtigen Beantwortung aber keine Gelegenheit mehr bestehe.

Sie habe heute nur Antrag auf Rückweisung gestellt, weil sie - aufgrund einer entsprechenden Auskunft - der Meinung gewesen sei, dass ein Rückweisungsantrag nicht mit Auflagen verbunden werden könne - was nun noch zu weiteren Diskussionen geführt habe. Sie habe lediglich vorgeschlagen, dass der Gemeinderat zur Sicherung des Betriebs der KEB AG im August 2010 einen Überbrückungskredit vor den Stadtrat bringen soll, damit der Betrieb garantiert für die nächste Saison weiterlaufen könne.

Selbstverständlich sei sie der Meinung, dass es die Aufgabe des Gemeinderates sei, das Geschäft nachher anzugehen und die Fragen in den Stadtrat zu bringen, damit eine Diskussion darüber stattfinden könne, so dass dann so rasch wie möglich über eine Vorlage zur Sanierung Beschluss gefasst werden könne. Von etwas Anderem sei sie nie ausgegangen.

Um der Diskussion ein Ende zu setzen und weil eine Umfrage während dem Time-Out in den Fraktionen ergeben habe, dass keine Mehrheit zu Stande käme, **ziehe sie den Rückweisungsantrag zurück.**



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

## II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung: A Stellungnahme des Gemeinderates zur Vorlage/Allgemeine Diskussion/Antragstellung
- Schlussabstimmung: B Abstimmung über den grau hinterlegten Teil des Beschlussesentwurfs
- C Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 25./26. September 2010

### A Stellungnahme des Gemeinderates zur Vorlage/Allgemeine Diskussion/Antragstellung

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Er danke Stadträtin Florinda Wallkamm-Maurico für den Rückzug des Rückweisungsantrages. Zu einem Punkt gebe er ihr aber zumindest noch eine Antwort: Den Rückweisungsantrag mit der Auflage zur verbinden, dass der Gemeinderat an der August-Stadtratssitzung eine Vorlage für einen Überbrückungskredit vorzulegen habe, hätte vorweg die Bedingung mit eingeschlossen, dass dieser Antrag dann überhaupt eine Mehrheit bekommen hätte - ansonsten gar keine Lösung vorhanden wäre. Dazu - dass auch bei diesem Vorgehen offensichtlich auf Hoffnung gesetzt werden müsste - sei heute aber nichts gesagt worden.

Wie bereits gesagt und in Medienartikeln auch entsprechend thematisiert, werde von einem Show-Down im Stadtrat gesprochen. Persönlich gehe er eher von einem Show-Up aus. Weil es nämlich um die Frage gehe, ob in Langenthal die Kunsteisbahn als Sportanlage und somit als Anlage zur sportlichen Betätigung für ein National-Liga-B-Eishockey, für Schulen und für die Jugend auch weiterhin betrieben werden könne. Die Kunsteisbahn habe in diesem Sinne - auch wenn sie privatrechtlich organisiert sei - den Charakter einer öffentlichen Anlage. Sie sei 1961 als Aktiengesellschaft gegründet worden und werde seither als Aktiengesellschaft betrieben. In wirtschaftlicher Hinsicht sei sie aber nie aus eigener Kraft überlebensfähig gewesen.

Die Stadt habe bereits mehrmals Darlehen und à-fonds-perdu-Beiträge für anstehende Investitionen zur Verfügung gestellt. Sie habe auch diverse Beiträge zur Deckung der laufenden Kosten gesprochen. Die Kunsteisbahn habe sich am Kapitalmarkt bis zur möglichen Grenze verschuldet, wozu die Stadt Überbrückungsdarlehen zur Verfügung gestellt habe. Eine alles zusammenfassende Beurteilung führe zum Schluss, dass diese Massnahmen ungenügend seien.

Im Vergleich mit Kosten anderer für die Bevölkerung wichtigen städtischen Kultur-, Freizeit- und Sportangebote (Schwimmbad, Stadttheater, Sportanlagen), sei dies eigentlich im Prinzip nicht überraschend. Alle diese Angebote kosten im Einzelnen betrachtet in der Grössenordnung rund Fr. 0,5 Mio. Darin seien die Investitionen nicht einmal eingerechnet. Das sei viel Geld und trotzdem sei es absolut lohnend und wichtig, der Bevölkerung diese attraktiven Angebote zu bieten, weil sie zur Grundausstattung einer Stadt wie Langenthal gehöre. Langenthal habe nun eben diese Eisbahn. Es stehe ja nicht zur Diskussion eine neue zu bauen. Wenn über ein Hallenbad debattiert werden müsste, wäre seine Haltung - in Anbetracht des per ÖV gut erreichbaren Angebots in Herzogenbuchsee - auch eine andere.

Heute stelle sich die alles entscheidende Frage, ob die Kunsteisbahn weiterhin zum städtischen Angebot gezählt werden soll? Ob die Anlage Bevölkerungskreisen, die Interesse am Eissport haben, auch zukünftig zur Verfügung gestellt werden soll? und, ob ein Massnahmepaket umgesetzt werden soll, dass die Verhältnis à-fonds kläre?



Der Gemeinderat sei der Meinung, die so wie so fadenscheinige Darlehenspolitik zu beenden, da man wisse, dass die Tilgung Mitnichten gemacht werden kann. Es gelte nun die effektive Kostenlage anzuerkennen und die betriebliche Zukunft und die Ausrichtung der Betriebsbeiträge zu gewährleisten, die im Einklang mit den bekannten Möglichkeiten des Betriebs stehen. In den letzten Jahren sei die schleichende Divergenz der Kosten und Erträge der KEB AG zur Kenntnis genommen worden. Die steigenden Kostenumfelder, die Energieintensität und die für einen solchen Betrieb vermehrt notwendig gewordenen Sicherheitsmassnahmen, seien Gründe dafür. Ein weiterer Grund sei zugegebenermassen auch die Problematik, dass die Nutzer nicht immer in der Lage gewesen seien, den Verpflichtungen fristgerecht nachzukommen, worauf die Stadt mit Überbrückungsfinanzierungen reagiert habe. Es bestehe ein Kontokorrent bei der Bank, das ausgereizt sei und worauf hohe Schuldzinsen fällig seien. Die Tilgung der gewährten Darlehen seien nicht möglich. Auf einem zinslosen Darlehen bestehe eine Tilgungsverpflichtung (Erweiterung der Restaurants/Garderobenanlagen). Diese Tilgungsverpflichtung sei für die KEB AG heute eben ein grosses Problem, weil es ihr Liquidität wegnehme. Werden die Darlehen nun nicht entfernt, bleiben sie immer in den Bilanzen stehen.

In langen Abklärungen sei ermittelt worden, wie gross die Kostensituation für die Eisproduktion in der KEB AG sei und sei dabei auf das Ergebnis von rund Fr. 400.00 pro Stunde gekommen. Darin wären auch die anstehenden Investitionen, die künftig geplant seien eingerechnet. Auf der anderen Seite sei bekannt, dass das Marktpotential zur Vermietung von Eis bei plus Minus Fr. 200.00 liege. Mehr seien Vereine nicht in der Lage zu zahlen - auch andernorts nicht, weshalb andere Städte das gleiche Problem haben. Die Stadt Olten habe kürzlich ein ähnliches Geschäft im Stadtrat behandelt.

Der Gemeinderat stehe mit dem Verwaltungsrat der KEB AG seit langem in engem Kontakt. Der Gemeinderat habe sich den Investitionsbedarf der nächsten Jahre in einem Dossier zusammenstellen lassen und sei entsprechend über die Bedürfnisse der KEB AG im Bilde. Der Verwaltungsrat sei auch während der Ausarbeitung der Vorlage immer involviert gewesen. Die Vorlage sei aus einem langwierigen Prozess entstanden - in der Sache schlussendlich aber recht einfach zu verstehen:

Es gehe einerseits um die Tilgung von Altlasten, die in den letzten 40 Jahren aufgehäuft worden seien. Es handle sich dabei um Darlehensforderungen gegenüber der Stadt, aber auch gegenüber Dritten, ausmachend total Fr. 1,55 Mio. Es gehe auch um die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse der Betriebsanlagen. Heute gehöre die Zusatztribüne der SCL AG. Der vorliegende Beschlussesentwurf sehe vor, die Tribünenanlage durch die Stadt zum effektiv aktuellen Buchwert von Fr. 670'000.00 zu übernehmen bzw. zu kaufen, den Kaufpreis aber nicht der SCL AG direkt auszurichten, sondern im Hinblick auf künftige Eismieten bei der Stadt zurückzubehalten und der KEB AG die Möglichkeit zu erteilen, für die kommenden Jahre (bis zum Umfang des Kaufpreises) bei der Stadt die Eismiete der SCL AG in Rechnung zu stellen. Der Gemeinderat habe sich damit die maximale Einflussmöglichkeit in dem Sinn zurückbehalten, indem er das Geld nicht einfach an Dritte gebe, die dann allenfalls etwas anderes damit machen würden...

Der Beschlussesentwurf sehe den maximalen Betriebsbeitrag von Fr. 607'000.00 vor. Dieser Betrag setze sich aus zwei Elementen zusammen:

- Bezug von Eisstunden für Schulen und für den freiwilligen Schulsport, zum effektiven Eispreis, was Fr. 252'000.00 ausmache (bezogene Stunden X Fr. 400.00 effektiv ausgewiesene Eiskosten).
- Betriebsbeitrag, 2. Teil ausmachend Fr. 355'000.00 (Ausgleich der Differenz der Eismiete von Fr. 200.00 zu den effektiv anfallenden Kosten von Fr. 400.00). Rechnerisch handle es sich um rund 1'750 Stunden Eismiete à Fr. 200.00.



Ein wichtiger, für die ganze Aktionariatsfrage ausschlaggebender Punkt sei, dass die Vorlage vorsehe, dass der ganze Betriebsbeitrag maximal Fr. 607'000.00 ausmache. Nicht etwa absolut und jedes Jahr einfach Fr. 607'000.00 indexiert, sondern eben maximal. Das heisse, dass der Gemeinderat sich damit auch eine Einflussnahmemöglichkeit sichere, indem er in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der KEB AG immer wieder abgleichen könne, ob Investitionen auch ausgelöst werden, die diesen Beitrag rechtfertigen oder nicht. Der Gemeinderat wolle nicht unbesehen davon Mittel als Reserven in die KEB AG transferieren. Das seien seiner Meinung nach die wichtigsten Bestandteile des Beschlussesentwurfs. Auf die entsprechenden Vereinbarungen - deren drei - gehe er nicht im Detail ein.

Wie bereits erwähnt, sei die KEB AG 1961 gegründet und die Anlage gebaut worden. Offenbar hätten damals verschiedene Personen und Firmen aus Gründen der Mitunterstützung und der Sympathie für das Projekt mitgemacht. Bei Betrachtung des Aktienregisters lasse sich feststellen, dass es Namen von bereits verstorbenen Leuten oder von Leuten deren Aktien verschollen seien, enthalte. Dementsprechend schwierig dürfte die Umsetzung der Forderung sein, über 90% der Aktien in den Besitz der Stadt zu bekommen. Im Übrigen halte er an dieser Stelle klar fest, dass es nicht die Hauptaufgabe der Hauptaktionärin, sondern die der Aktiengesellschaft sei, diese Forderung an die Hand zu nehmen und durchzusetzen. Er gehe davon aus, dass dies durchaus machbar wäre, sei aber auch froh, dass dies keine unüberwindbare Klippe darstelle, und das Geschäft nun trotzdem verbindlich sei.

Er habe grosse Achtung vor der Arbeit des Verwaltungsrates der KEB AG. Es gebe schönere aber auch weniger schöne Verwaltungsratsmandate. Das Verwaltungsratsmandat der KEB AG gehöre aber bestimmt nicht zu den gesuchten Mandaten. Sollte sich jemand für die Mitarbeit im Verwaltungsrat interessieren, solle er sich ungeniert bei ihm melden. Die Tantiemen seien allerdings mit einem Butterbrot zu vergleichen und Boni gebe es auch keine. Das zeige, dass man in eine solche Aktiengesellschaft einbezahltes Kapital am besten sofort abschreibe. Auch könne und müsse man nicht davon ausgehen, später zu weiteren Engagements verpflichtet werden zu können. Es wäre ein schlechtes Zeichen für alle künftigen Projekte, die später einmal in Angriff genommen werden möchten, wenn im Emissionsprospekt dem Aktionär schon gesagt werden müsste, dass von ihm, weil er gezeichnet habe, allenfalls bei Bedarf in späteren Jahren ein weiteres Engagement erwartet werde.

Weitere Überlegungen habe der Gemeinderat auch in Bezug auf eine klassische Sanierung (Herabsetzung und anschliessender Neuaufbau des Aktienkapitals) angestellt. Auch der Konkursweg sowie die Möglichkeit, die Anlage aus der Aktiengesellschaft in die Stadt zurückzunehmen, sei diskutiert worden. Nach eingehender Abwägung sei der Gemeinderat aber davon abgekommen, weil das mit vielen komplexen geschäftlichen Vorgängen verbunden wäre. Mit der Rücknahme der Anlagen in die Verwaltung könnten die Eigentumsverhältnisse sicher geregelt werden, doch wäre dies mit erheblichen Kosten verbunden. Die Aktiengesellschaft in den Konkurs laufen zu lassen, habe der Gemeinderat als keine für die Stadt Langenthal angemessene Methode erachtet. Zudem wäre die Stadt als Hauptgläubigerin direkt davon betroffen.

Eine neue Halle sei zur Diskussion gestanden. Dabei sei die Frage gestellt worden, ob denn ein in der Aufgleisung befindliches Alternativprojekt im Widerspruch zur Vorlage stehen würde. Der Gemeinderat sei klar der Ansicht Nein. Wenn heute ein Konsens hätte gefunden werden können, wäre - in Anbetracht der politischen Erfahrungen in Geschäften dieser Dimension - doch abschätzbar, dass bis alle hängigen Fragen geklärt wären, bis alle Bewilligungen vorliegen würden und bis die Finanzierung geregelt wäre, doch noch rund 8 bis 10 Jahre ins Land ziehen würden.

Die Antwort auf die inzwischen gestellte Frage nach dem wie weiter in Schoren, werde von der heute auf dem Tisch liegenden Vorlage geliefert. Auch sei der Gemeinderat aktuell daran, das mittels Motion geforderten Sportstättenkonzept, an die Hand zu nehmen.



Es gehe um eine Grundsatzfrage. Die Lösung scheine im Grundsatz einfach und plausibel. Der Weg dazu sei langwierig und beschwerlich gewesen. Man könne dem Gemeinderat den Vorwurf machen, dass er zu wenig schnell gehandelt habe - wobei er dazu aber sagen müsse, dass X Untersuchungen, Berechnungen und Variantenvergleiche vorgenommen worden seien. Heute liege eine Lösung vor, die auch in der Finanzkommission eine einstimmig Zustimmung gefunden habe. Auf die Frage, ob weiterhin im Schoren der Bevölkerung und den Vereinen eine Eisbahn angeboten werden soll, die auch von der Nati-B genutzt werden könne, dann laute seine Antwort klar Ja! Neben einigen anderen Nutzern gehöre der SCL - quasi als siamesischer Zwilling - zu den Hauptbetroffenen.

Der Gemeinderat sowie er als Stadtpräsident stehe für den Weiterbestand der Eisbahn, für die Bereinigung der Altlasten durch den Schuldenerlass und für die Tribünenübernahme im Rahmen von Fr. 2,225 Mio. und für die Lösung für die nächsten Jahre, mit der Erhöhung der bisherigen Beiträge bis maximal Fr. 607'000.00, ein. Die Finanzkommission habe der Vorlage zugestimmt und heute gehe es darum, den Beschluss zu Händen der Volksabstimmung zu fassen. Dazu halte er Folgendes fest: Er sei sich bewusst, dass jede Volksabstimmung gewonnen werden müsse. Er sei sich bewusst, dass es entsprechendes Herzblut brauche. Er erwarte deshalb von allen Anwesenden und somit Mitvertretenden der Stadt Langenthal, die Vorlage, über die jetzt diskutiert werde und zu der allenfalls eine Mehrheit gefunden werde, entsprechend zu vertreten, damit die Volksabstimmung schlussendlich gewonnen werden könne.

Er danke allen, die sich an der Vorbereitung der Vorlage engagiert haben und allen, die sich im weiteren Verlauf für eine definitive Lösung einsetzen werden. Er danke im Namen von Vereinen, von Jungen, vom Sport und der Stadt Langenthal.

**Urs Zurlinden, GPK-Vizepräsident:** Das Traktandum habe in der GPK einiges zu reden gegeben. Zentral hätten sich die Fragen um die Rechtsform der Aktiengesellschaft und vor Allem um das Aktionariat gedreht. Aus den Unterlagen gehe heraus, dass sich der Gemeinderat Gedanken darüber gemacht habe, ob auch die Kunsteisbahn, wie die Badeli oder das Leichtathletikstadion, ein städtischer Betrieb werden sollte, was quasi einer Verstaatlichung gleichkäme. Der Gemeinderat habe diese Variante abgelehnt, weil er nach wie vor die Rechtsform der AG beibehalten wolle. Dieser Beschluss sei aus Sicht der GPK leider in den Unterlagen relativ schwach bis gar nicht begründet worden, wobei dies sehr wohl argumentiert werden könnte.

Würde eine andere Rechtsform als die der AG gewählt, müssten alle Verträge mit der Grundstückbesitzerin (der Burgergemeinde) neu verhandelt und ausgearbeitet werden. Das sei aufwändig und beinhalte letztlich ein erhebliches Risiko für das weitere Bestehen dieser Sportanlage. Zudem sei offenbar mit den anderen Aktionären das Gespräch gar nie geführt worden. Sie seien nicht gefragt worden, was sie eigentlich davon halten würden, wenn die Kunsteisbahn verstaatlicht würde. Die Stadt besitze 51% der KEB-Aktien. Als Mehrheitsaktionärin und weil das Eislaufen doch ein öffentliches Bedürfnis sei, stehe die Stadt in einer besonderen Verantwortung, dass die Kunsteisbahn einigermassen funktioniere und dass die AG finanziell überlebe.

Aus dieser Optik sehe die GPK ein, dass der KEB AG finanziell unter die Arme gegriffen werden muss, was die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten immer und immer wieder gemacht habe. Seit dem Bestehen der KEB AG 1961 habe die Stadt schon über Fr. 3 Mio. in diese AG investiert. Entweder in Form von à-fonds-perdu-Beiträgen, oder in Form zinsloser Darlehen. Dazu sei ein jährlicher Betriebskostenbeitrag von Fr. 85'000.00 gekommen. Die KEB AG sei aber nicht in der Lage gewesen, allen Verpflichtungen nachzukommen und schon gar nicht, das Darlehen zu amortisieren oder zurückzuzahlen. Der Schuldenberg wachse seit Jahren. Jetzt stehe die AG eigentlich unmittelbar vor dem Konkurs. Noch letztes Jahr habe der Gemeinderat wieder mit einem zinslosen, aber bis am 30. September 2010 rückzahlbaren Überbrückungskredit, in der Höhe von Fr. 30'000.00, aushelfen müssen.



Es habe eigentlich schon "fünf nach Zwölf geschlagen". Die Zeit dränge und ein Plan B liege nicht vor. Und genau dieser zeitliche und sachliche Zwang habe in der GPK nicht gerade Begeisterung ausgelöst. Die katastrophale finanzielle Situation der KEB AG sei seit Jahren bekannt. Und jetzt müsse husch, husch einer Lösung zugestimmt werden, die erst noch kritische Fragen auslöse. Nämlich: Was passiert mit den anderen Aktionären? Wie werden sie in die tatsächlich nötige Sanierung eingebunden? Ist die Stadt alleine verpflichtet, tief in die Tasche zu greifen? Kommen die anderen Aktionäre ungeschoren davon und profitieren letztlich von der Schuldentilgung, weil dann ihre Aktien doch wieder etwas mehr Wert bekommen, als das Papier worauf sie gedruckt sind? Als überzeugter Freisinniger frage er sich zudem, wie es ordnungspolitisch zu erklären ist, dass nur die öffentliche Hand helfen soll, die privaten Minderheitsaktionäre aber nicht?

An dieser Stelle erlaube er sich im Sinne eines kleinen Exkurses folgende Bemerkung in eigener Sache und ohne in der GPK darüber gesprochen zu haben anzubringen: Eigentlich sei es - der Stadtpräsident habe es erwähnt - nicht "unser Bier", das Aktionariat zu bereinigen. Die Bereinigung sei Sache der Aktiengesellschaft. Die Stadt sollte der Aktiengesellschaft nicht vorschreiben, wie sie das zu lösen habe. Diesbezüglich sei er enttäuscht, dass die Aktiengesellschaft, angesichts ihrer desolaten Situation, nicht schon längststens Vorschläge gemacht habe, das Aktionariat zu bereinigen. Die erhaltenen Auskünfte, wie lange das dauern könnte, seien unterschiedlich. Die Einen sagen, dass es zwei Jahre dauere, die anderen sagen, dass das Problem an einer ausserordentlichen Generalversammlung gelöst werden könnte.

Die GPK habe die formalen Abläufe von Stadtratsgeschäften zu untersuchen und zu beurteilen. Nach Einschätzung der GPK sei dies auch bei diesem Geschäft der Fall. Aus diesem Grund stelle die GPK weder Antrag auf Rückweisung der Vorlage, noch auf Ablehnung der bitter nötigen Finanzsanierung, sondern stimme dem Geschäft zu. Allerdings habe die GPK an den für den Vollzug von Beschlüssen zuständigen Gemeinderat die ganz dringende Bitte, das bestehende Aktionariat der KEB AG zu bereinigen - und zwar möglichst rasch und vollständig, so dass die Stadt schliesslich zur alleinigen Besitzerin des Aktienkapitals werde. Die GPK sei überzeugt und zuversichtlich, dass die anderen Aktionäre einsichtig seien und für das Vorgehen grosses Verständnis aufbringen werden, da es - wie bereits erwähnt - keinen Plan B gebe. Die einzige Alternative wäre der Konkurs der KEB AG, woran aber niemand Interesse habe.

Die Sanierung der KEB AG sei ein heikles Geschäft. Und die künftigen Betriebsbeiträge könnten für manchen, der am 26. September 2010 zum ganzen Paket Ja sagen sollte, happig aussehen. Die GPK möchte einen Scherbenhaufen auf dem Schoren verhindern helfen, da sie dort auch nächste Saison einen Match des SCL sehen möchte, oder Schulkinder eislaufen lassen möchte und den Curlern einen spannenden Sport ermöglichen möchte.

Persönlich sei er der Meinung, dass die Finanzsanierung der KEB AG nötig sei und dementsprechend einmal ein Schlussstrich darunter gezogen werden müsse. Für einen längerfristigen Betrieb einer Kunsteisbahn eigne sich der heutige Standort aber nicht. Längerfristig müsse ein anderer Standort gesucht und gefunden werden. Im Schoren sei in der Vergangenheit zu viel mit Provisorien und halben Lösungen "bagglet" worden. Im Schoren seien zu viele Players beteiligt, als dass ein problemloser Betrieb für ein Eisstadion möglich wäre. Nicht zuletzt aus diesen Gründen habe er und Stadtrat Fiechter Fritz zum Thema Sportstättenkonzept am 29. Juni 2009 einen Vorstoss eingereicht, welcher am 26. Oktober 2009 erheblich erklärt worden sei. Dass dieser klare politische Wille im vorliegenden Geschäft mit keinem Wort erwähnt werde, finde er persönlich falsch und bedauernswert. Die Finanzsanierung der KEB AG sei Vergangenheitsbewältigung und zudem eine kurzfristige Lösung. Die langfristige Lösung heisse nicht Schoren! Aus diesem Grund hätte er persönlich gerne mehr perspektivisches Denken in der Vorlage gehabt. Damit wüsste der Stimmbürger am 26. September 2010, dass die Stadtregierung auch in weiterer Zukunft an ein Eisstadion denke - wenn vermutlich dann halt nicht mehr im Schoren.



**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Obschon die GPK eigentlich nur die formelle Prüfung des Geschäftes machen müsste, habe das sie vertretende Mitglied schon fast alles gesagt. Er erlaube sich nun aber trotzdem auch noch etwas zu sagen.

Das ganze Geschäft stelle Politiker tatsächlich vor etliche Grundsatzfragen:

1. Soll sich die Stadt Langenthal finanziell an einer maroden Aktiengesellschaft beteiligen und diese finanziell sanieren? Und welche weiteren Begehrlichkeiten löst ein solches Engagement vielleicht in anderen Bereichen aus?
2. Soll die Stadt Langenthal indirekt einen Sportverein, der zweifelsohne eine wichtige Rolle für die Stadt und Region einnehme, überproportional unterstützen? Auch andere Sportvereine spielen in hohen Ligen, würden aber nicht in Ansätzen eine solche Unterstützung wie der SCL geniessen.
3. Ist die Unterhaltung einer Eishalle eine öffentliche Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit?

In der EVP/glp-Fraktion hätten die Details des Sanierungskonzeptes wenig zu diskutieren gegeben. Vielmehr habe man sich intensiv über zwei grundsätzliche Punkte Gedanken gemacht:

- Einerseits, ob die Eisbahninfrastruktur verstaatlicht werden soll und die Eishalle als Regiebetrieb, wie das Schwimmbad und das Stadttheater, geführt werden soll?
- Andererseits, wie die Stadt Langenthal einen grösstmöglichen Einfluss auf die KEB AG nehmen kann, wenn schon Millionen von Steuergeldern in den Schoren hinauf gepumpt werden?
  - Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass eine Verstaatlichung der Eisbahninfrastruktur zwar eine saubere Lösung, im Sinne von "Wer zahlt, befiehlt!" wäre, dass sich aber daraus zu wenig Vorteile ergäben.

Schlussendlich könnte aber auch eine Verstaatlichung nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Betrieb einer Eishalle aus strukturellen Gründen grundsätzlich defizitär sein müsse und die Kosten für die Stadt, bei einer Verstaatlichung, sogar noch höher ausfallen könnten. Beispielsweise müssten wohl viele bisher ehrenamtlich tätige Personen von der Stadt angestellt und entlohnt werden.

Schliesslich würde mit einer Verstaatlichung das grösstenteils funktionierende Geflecht Stadt-KEB-Benützer aufgebrochen.

Persönlich habe er für eine Verstaatlichung Sympathien gehabt, habe sich aber davon überzeugen lassen, dass dies eigentlich keinen Mehrwert bringe.

- Einflussnahme auf KEB AG: Mit einem Ja des Stadtrates und des Stimmvolks pumpe die Stadt Langenthal einmalig und wiederkehrend sehr viel Geld in den Betrieb der Eishalle. Damit könne sichergestellt werden, dass auch weiterhin Eis produziert werde, das nicht nur dem SCL, sondern auch Schulen und anderen Vereinen zugute kommt.

Von dieser Finanzspritze profitieren aber auch die Aktionäre der KEB AG. Es sei zu erwarten, dass ihre Aktien - wenn auch nur wenig - an Wert zunehmen werden, ohne dass sie sich auch nur mit einem Franken an der Sanierung beteiligen, was ordnungspolitisch - wie der GPK-Vizepräsident bemerkt habe - unfair sei. Es könne nicht sein, dass die Stadt Langenthal als Finanzierungsquelle einer AG fungiere, andere Aktionäre - wenn auch nur leicht, aber prinzipiell - davon profitieren. Bei einer Sanierung müsse auch eine Art Opfersymmetrie herrschen: Sie müsse ALLEN Beteiligten etwas weh tun. Im Moment werden aber sämtliche Opfer von der Stadt Langenthal erbracht.



**Basierend auf den Überlegungen zur Verstaatlichung und zur Beteiligung in der KEB AG stelle die EVP/glp-Fraktion zwei Anträge:**

**Antrag A:** Mit der **Textergänzung** im Beschlussesentwurf, Punkt 4. des grau hinterlegten Gemeindebeschlusses werde keine wahnsinnig scharfe Auflage gemacht und doch werde damit ein Zeichen gesetzt, das den Gemeinderat anweise etwas zu unternehmen, um das Aktionariat zu bereinigen:

**4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzugbeauftragt. Insbesondere wird er beauftragt, Anstrengungen zur Bereinigung des Aktionariats der KEB AG mit dem Ziel eines Alleinaktionariats der Stadt Langenthal zu unternehmen. Dazu führt er Verhandlungen mit den übrigen Aktionärinnen und Aktionären der KEB AG.**

**Antrag B:** Die Abstimmungsbotschaft (letzter Satz, grau hinterlegt, Seite 3 unten) soll mit dem Szenario einer möglichen Verstaatlichung **ergänzt** werden, weil dieser Punkt als politischer Grundsatzentscheid zuwenig und in der Botschaft gar nicht berücksichtigt worden sei:

**...Der Weiterbestand des Angebotes der Kunsteisbahn in Langenthal setzt deshalb dringend eine wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft der KEB AG voraus. Dazu soll die KEB AG in der heutigen Rechtsform als Aktiengesellschaft belassen werden.**

**Auf eine Liquidation der KEB AG und eine Überführung der Kunsteisbahninfrastruktur in einen städtischen Betrieb wird nach ausführlichen Diskussionen und politischen Abwägungen verzichtet.**

In Bezug auf die eingangs aufgeworfenen Fragen halte er fest:

1. *Soll sich die Stadt Langenthal finanziell an einer maroden Aktiengesellschaft beteiligen und diese finanziell sanieren? Und welche weiteren Begehrlichkeiten löst ein solches Engagement vielleicht in anderen Bereichen aus?*

Die EVP/glp-Fraktion sei zum Schluss gekommen, dass ein Engagement der Stadt in der KEB AG unumgänglich sei, um den Betrieb der Eishalle sicherzustellen und um die Zukunft der KEB AG zu sichern.

Dieses Engagement dürfe aber auf gar keinen Fall als Präjudiz für weitere Begehrlichkeiten von anderen Vereinen und Institutionen gelten, da es sich hierbei um eine absolute Ausnahmesituation handle.

2. *Soll die Stadt Langenthal indirekt einen Sportverein, der zweifelsohne eine wichtige Rolle für die Stadt und Region einnehme, überproportional unterstützen? Auch andere Sportvereine spielen in hohen Ligen, würden aber nicht in Ansätzen eine solche Unterstützung wie der SCL geniessen.*

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass der SCL für das Image der Stadt und der Region eine wichtige Rolle spiele. Die Stadt Langenthal sei aber weder für den sportlichen Erfolg noch für die finanzielle Situation des SCL zuständig. Die Stadt Langenthal habe auch nicht die Rolle eines Geldgebers inne, der zur Stelle sei, wenn finanzielle Not herrsche. Die Stadt dürfe und müsse nur einen Beitrag für optimale Rahmenbedingungen leisten.

Sehr eigenartig finde er persönlich die Zahlungsausstände des SCL von über Fr. 100'000.00 im März 2010 an die KEB AG. Dass der SCL nicht einmal die Eismiete bezahle und offenbar x-mal gemahnt werden müsse, sei störend. Er erwarte vom SCL, dass er auch ein verlässlicher Partner sei, wenn schon so viel Geld in den Schoren gepumpt werden müsse.



### 3. Ist die Unterhaltung einer Eishalle eine öffentliche Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit?

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung Ja, weil die Eishalle Schoren ein attraktiver Mehrwert der Stadt Langenthal bilde und erhalten werden soll. Die Eishalle werde beispielsweise regelmässig von Schulen benutzt und leiste damit einen wichtigen Beitrag zur sportlichen Betätigung der Schüler/-innen. Die Schorenhalle habe einen hohen Bekanntheitsgrad in der ganzen Region und trage zu einem positiven Image von Langenthal bei. Realistischerweise müsse man sich aber bewusst sein, dass schon bald Diskussionen um eine neue Eisbahn - wo auch immer diese sein werde - stattfinden werden.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Geschäft zu und hoffe auf Unterstützung der beiden Anträge.

**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Es gebe viele gute Gründe, die für den Erhalt der Eisbahn, die einfach zu Langenthal und zum Schoren gehöre und mit der seine Generation aufgewachsen sei, sprechen. Dies habe aber seinen Preis. Der SVP-Fraktion erscheine ein Neubau - auch über Jahre betrachtet - nicht realisierbar. Und doch sollen sich auch die heutigen Kinder während der Schule, in der Freizeit, als Sportler oder als Besucher eines SCL Matches an der Eisbahn erfreuen können. Erhalten heisse, dass sich alle hinter die Sanierung der KEB AG stellen und zusammen in die Zukunft schauen.

In Ergänzung der Stellungnahme zum Rückweisungsantrag halte er namens der SVP-Fraktion fest, dass man in Bezug auf die Tribüne sicher geteilter Meinung sein könne. Mit dem Fokus auf die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse scheine der SVP-Fraktion die vom Gemeinderat gewählte Massnahme, als auch die geplante Umsetzung, aber gerechtfertigt und sinnvoll, weil damit die Handlungsfreiheit der KEB AG auf dem Areal sicher klar erhöht werde. Auch, dass von einem Maximalbetrag (Fr. 607'000.00) bei den jährlich wiederkehrenden Ausgaben die Rede sei, werde begrüsst. Damit werde aufgezeigt, dass man das Heft in der Hand halten wolle. Die SVP-Fraktion werde den Gemeinderat gelegentlich daran erinnern. Was das Controlling betreffe, so gehe die SVP-Fraktion davon aus, dass ein griffiger Kontrollmechanismus eingeführt werde.

Die SVP-Fraktion sei sich in der Beratung auch einig gewesen, dass die Stadt als Hauptgläubigerin der KEB AG, die die gesamte Sanierung trage und auch eine gesicherte Zukunft garantiere, grundsätzlich legitimiert sei, Anstrengungen zur Vereinfachung des Aktionariats zu unternehmen und dies mitunter auch anstreben soll. Die SVP-Fraktion sei der Auffassung, dass sich mit solchen Massnahmen spätere Entscheide durchaus vereinfachen liessen. Es sei kein Muss - die Vergangenheit habe es bewiesen - da aus Sicht der KEB AG bereits früher alles Gewünschte habe realisiert werden können, ohne dass gewisse Aktionäre quer geschossen hätten. Dementsprechend seien die zu diesem Thema geführten Diskussionen auf etwas akademischem Niveau verlaufen, das mitunter nicht zum Tragen komme, weil die anderen Aktionäre nicht primär kommerziell denken.

Die EVP/glp-Fraktion habe einen Antrag gestellt, der in die gleiche Richtung gehe, wie ihn die SVP-Fraktion auch sehe. Auch die SVP-Fraktion wolle dem Gemeinderat die Erhöhung des Aktionariats als Empfehlung mit auf den Weg geben. In der Fraktion sei man aber klar der Meinung, dass die Aktionärsfrage nicht überbewertet werden dürfe. Er könne sich gut vorstellen, dass die SVP-Fraktion den Antrag der EVP/glp-Fraktion unterstützen werde, weil er eben nicht präjudizierend sei, wie dies zu Beginn der Debatte gesagt worden sei.

Die SVP-Fraktion stimme dem Geschäft grossmehrheitlich zu. Bezüglich der Abstimmungsbotschaft werde ein kleiner Antrag formeller Art und Weise gestellt.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Florinda Wallkamm-Mauricio:** Wie bereits erwähnt, sei ihr die Zukunft der KEB AG wichtig. Dementsprechend sei sie auch dafür, dass sie saniert werde. Was ihr an diesem Geschäft nicht gefalle und was sie daran störend finde sei, dass das Geschäft in dieser Grössenordnung erst zum jetzigen Zeitpunkt in den Stadtrat komme. Der Stadtrat habe somit nicht einmal die Gelegenheit eine zweite Lesung zu verlangen, weil die Volksabstimmung bereits Ende September stattfinden soll und eine Bearbeitung im August (Druck und Verteilung in Haushaltungen) dafür nicht ausreichen würde. Diesen Punkt finde sie störend und darauf beziehe sich ihre Kritik. Sie wünsche sich, dass Geschäfte in dieser Grössenordnung dem Stadtrat künftig rechtzeitig vorgelegt werden, vor Allem da man gehört habe, dass sich der Gemeinderat schon seit Jahren mit dem Geschäft befasse. Sie erlaube sich deswegen die Frage, warum es dem Stadtrat erst jetzt vorliege?

**Beat Sterchi:** Er habe eine Frage, nehme aber vorweg, als Mitglied der Finanzkommission doch eigentlich überzeugt vom Geschäft zu sein, weil man in der Finanzkommission vielleicht in ausführlicherer Art und Weise als jetzt hier im Rat über Rechtsformen, Aktionariat usw. habe diskutieren können. Letztlich habe das dazu geführt, zu sagen, dass der Zustand der Anlage eigentlich so sei, dass ein sinnvoller und guter Betrieb, ohne allzu grosse Investitionen, in den nächsten 10 bis 15 Jahren möglich sein werde. Das sei seiner Meinung nach der Horizont, der mindestens noch für einen Neubau gebraucht würde.

Er habe sich auch davon überzeugen lassen müssen, dass mit der Gewährung von Darlehen und Krediten zur wirtschaftlichen Überbrückung aufgehört werde. Deswegen sei auch er klar der Meinung, dass die Vorlage jetzt zwingend vor's Volk müsse - auch wenn es unangenehm sei.

Seine eingangs erwähnte Frage beziehe sich auf den Antrag A der EVP/glp-Fraktion: Wichtig seien ja all die Leistungsvereinbarungen und die Sanierungsvereinbarung, was bis anhin aber noch nicht gesagt worden sei. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen sei das Wichtige eigentlich geregelt, womit es eigentlich keine Rolle spiele, ob der Eigentümer Müller, Meyer oder eben jetzt KEB AG heisse. Auch das Aktionariat spiele dort absolut keine Rolle, da die klar formulierten Vereinbarungen gelten, wenn die Aktiengesellschaft diese unterschreibe. Diesbezüglich hege er eine gewisse Skepsis zum Antrag von Stadtrat Daniel Steiner der EVP/glp-Fraktion. Er persönlich möchte die Aktionäre, die seiner Meinung nach nicht so gut zur Sache geschaut haben, quasi jetzt nicht noch belohnen und diesen noch Geld nachwerfen. Darauf beziehe sich folgende Frage: Ist der Antrag von Stadtrat Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion, so zu verstehen, dass der Gemeinderat verpflichtet ist, Geld aus dem Sack zu ziehen, oder ist er das nicht? Wenn dem so wäre, müsste die Vorlage seiner Ansicht nach einen Kredit mit der Angabe enthalten, wie viel für den Erwerb des Aktionariats nötig sei. Ansonsten werde das Volk angelogen, indem gesagt werde, dass man Bestrebungen unternehmen werde, die dann trotzdem nicht gemacht würden, weil niemand bereit wäre, die Aktien gratis abzutreten. Er mache eigentlich den Vorschlag, dass an einer der nächsten Sitzungen dazu ein Postulat oder eine Motion eingereicht werde, womit der Gemeinderat beauftragt würde, diesen Punkt zu prüfen. In einem Volksbeschluss sollte dies nicht enthalten sein, damit quasi später nicht der Vorwurf gemacht werden kann, dass man den Aktionären noch Fr. 50'0000.00 bis Fr. 60'000.00 habe nachwerfen müssen, damit die Gemeinde Alleinaktionärin ist. Er wolle auf diese Frage eine Antwort und eine Stellungnahme, ob mit dem Antrag von Stadtrat Daniel Steiner eine finanzielle Verpflichtung verbunden sei, und ob Beträge darin enthalten sein müssen?

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Die Absicht sei klar, es sei ein politisches Signal, das den Gemeinderat beauftrage alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Aktionariat zu bereinigen. Wie das Engagement aussehe, sei offen gelassen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Grundsätzlich sei die Form des Antrages für den Gemeinderat unproblematisch, weil mit dem allfälligen Beschluss keine Verpflichtung verknüpft sei. Auf der anderen Seite gebe es klare aktienrechtliche Vorgaben. Seiner Ansicht nach könne die Stadt diesbezüglich eine Erwartungshaltung haben, wobei die Behandlung der Aktionäre aber trotzdem aus Sicht der Aktiengesellschaft umgesetzt werden müsste. Persönlich gehe er nicht davon aus, dass die Stadt die Aktien käuflich erwerben werde.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Beatrice Lüthi:** Nachdem die Rückweisung der Vorlage kein Thema mehr sei, werde die ganze Angelegenheit nun diskutiert und geprüft, wobei es nun darum gehe, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Persönlich erachte sie das ganze Konstrukt als eine Tinguely-Maschine mit Knöpfen, auf die gedrückt werden könne, um zu schauen was dann passiert. Nach wie vor seien Fragen offen und bestehen Unklarheiten:

- Ihr gehe es darum - der Gemeinderat habe es angetönt - dass wer jetzt nicht Ja und Amen sage, böse sei und die Schuld zu tragen habe. Sollte die Abstimmung nicht gelingen, obwohl, oder eben weil das Parlament gute Miene zum bösen Spiel gemacht habe, dann habe ihrer Meinung nach dann der Gemeinderat die politische Verantwortung zu tragen.

Die Stadt habe eine Vertragspartnerin, eine juristische Person und Aktiengesellschaft. Das sei ja gut und Recht, aber wer genau das sei, sei nicht bekannt. Beispiele aus dem Aktienregister: Die GECO Langenthal AG habe die Adresse Konkursamt und ein als Aktionär aufgeführter Nachbar von ihr, sei schon lange verstorben. Daher wisse man ja gar nicht, mit wem man Verhandlungen führen müsste, um die Aktien zu übernehmen. Die Idee der EVP/glp-Fraktion sei gut, da man ja nicht zwingend alle Aktien übernehmen müsste. Vielleicht könnten der SCL oder auch ein paar private Personen noch aufstocken. Wichtig wäre eine Terminierung, die aufzeige bis wann der Gemeinderat dem Stadtrat Bericht erstatte und Antrag unterbreite.

- Die KEB AG sei offensichtlich eine privat-rechtliche Aktiengesellschaft und unterstehe deshalb einem privat-rechtlichen Regime, bekäme aber nun neu öffentliche Aufgaben. Nun liege eine Leistungsvereinbarung vor, womit sich ihr die Frage stelle, ob die nun dem öffentlichen, oder dem privaten Recht unterstehe; genau wisse man das ja aber nicht. Vielleicht habe sie die Unterlagen nicht ganz genau gelesen. Auf jeden Fall habe sie darin keine Informationen gefunden.
- Interessant werde es in Bezug auf Ziffer "4.7 Ungenügende Leistungserbringung durch KEB AG" in der "Vereinbarung über die Leistungen der Kunsteisbahn Langenthal AG zu Gunsten der Öffentlichkeit und deren Abgeltung durch die Stadt Langenthal". Demnach werde die Gemeinde sagen, ob die Leistungserbringung genügend oder ungenügend - in quantitativer oder qualitativer Hinsicht - sei. Fraglich sei, ob die KEB AG dies akzeptieren werde und wie oder welches Rechtsverfahren in diesem Fall durchgezogen werden soll und wer dafür zuständig sei.
- Die vorliegende Vereinbarung sei jeweils um ein Jahr verlängerbar, aber bis Ende 2015 befristet. Das heisse, dass unbefristet Geld gesprochen werde, die Vereinbarung dagegen aber befristet sei. Es wäre ihrer Meinung nach deshalb sinnvoll auch die Mittel bis spätestens zum Ablauf des ordentlichen Bauvertrags (bis 31. März 2021) zu befristen.

Aus diesem Grund **stelle sie Antrag, dass Ziffer 1 Buchstabe C des Beschlusses so angepasst wird, dass die finanziellen Mittel, die die Stadt jährlich spreche (höchstens Fr. 607000.00) bis spätestens am 31. März 2021 befristet sind.** Sie hoffe diesen Antrag nicht auf's Punkt und Komma genau ausformulieren zu müssen, sondern dass der Antrag so klar genug sei.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet Stadtschreiber Daniel Steiner zu beurteilen, ob der von Stadträtin Beatrice Lüthi gestellte Antrag in der gestellten Form entgegengenommen werden kann.

**Stadtschreiber Daniel Steiner:** In materieller Hinsicht müsse der Stadtpräsident Stellung zum gestellten Antrag nehmen.

Wenn er Stadträtin Beatrice Lüthi richtig verstanden habe, **beantrage sie die Änderung von Ziffer 3. des grau hinterlegten Beschlussesentwurfs.** Stadträtin Beatrice Lüthi gehe richtig in der Annahme, dass der Antrag nicht auf's Punkt und Komma genau ausformuliert werden müsse.

Der Stadtpräsident sollte die Kalkulation der Fr. 607'000.00 näher erläutern, weil diese auf einer längeren Zeitdauer als bis ins Jahr 2021 basiere.



**Beat Sterchi:** Der Antrag von Stadträtin Beatrice Lüthi sei nicht zu Ende gedacht. Gemäss seiner Erinnerung als Mitglied der Finanzkommission, hätten die Investitionen eine längere Abschreibungsdauer. Wenn diese nun auf 10 Jahre befristet würden und damit die Investitionen - die die KEB AG ja auch auslösen wolle und solle - auch auf 10 Jahr ausgelöst würden, dann würde der Gesamtbetrag höher, womit er persönlich nicht einverstanden wäre. Er sei der Meinung, dass das Geschäft bzw. der Beschlussesentwurf so beibehalten werde, wie er vernünftigerweise vorliege. Stadtpräsident Thomas Rufener habe es bereits gesagt, dass es sich dabei um einen Maximalbetrag handle und, dass parallel dazu die erwähnten Vereinbarungen zwischen den zwei Parteien gelten. Der Antrag von Stadträtin Beatrice Lüthi zur Befristung sei ganz bestimmt nicht vernünftig, da sich dies mit der Kalkulation des jährlichen Beitrags nicht vertragen würde.

**Beatrice Lüthi:** Sie sei nicht der Meinung sei, dass man nach Ablauf der Frist nichts mehr zahlen müsse. Es gehe darum, dass dann wieder alles offen sei und, dass dann die Lage wieder neu beurteilt werden müsse. Der Baurechtsvertrag müsse zwei Jahre vor Ablauf gekündigt werden. Im Prinzip heisse das, dass dann noch einmal über alles diskutiert werde und in diesem Sinne nicht einfach tel quel weitergefahren werde, sondern, dass auch der Gemeinderat in der Pflicht stehe und bis dann wisse, wie's weitergehe um das Thema im Stadtrat wieder diskutieren zu können.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Bevor er auf die Kalkulation der Fr. 607'000.00 eingehe, nehme er zu den verschiedenen Voten und gestellten Anträge Stellung. Im Namen des Gemeinderates danke er vorweg für die grundsätzlich positive Grundhaltung zur Vorlage. In Bezug auf das Aktionariat seien die Aussagen jedoch etwas widersprüchlich. Einerseits bestehe der Antrag A der EVP/glp-Fraktion - unverbindlich und einfach als Ziel formuliert - zu einem möglichst hohen Aktienanteil zu kommen. Mit diesem Antrag könne er absolut leben.

Von Stadträtin Beatrice Lüthi habe er vorhin vernommen, dass der SCL und Private ihre Aktien auch noch etwas aufstocken könnten, was besagtem Antrag widerlaufe, weil allenfalls eine Aktienkapitalerhöhung nötig wäre, oder eine Neuemission lanciert werden müsste. Ansonsten die Rechnung nicht aufgehen könne, da es einerseits nicht möglich sei 100% des Aktienkapitals inne zu haben und gleichzeitig andere zu motivieren, ihre Anteile auch aufzustocken.

Mit dem Antrag B der EVP/glp-Fraktion (Verstaatlichung) habe er eigentlich auch kein Problem, weise jedoch darauf hin, dass mindestens auf Seite 10 der Abstimmungsbotschaft darauf hingewiesen werde, dass dieser Punkt bereits geprüft und im Sinne des Antrages somit verworfen worden sei.

Mit dem Antrag von Stadträtin Beatrice Lüthi werde die zeitliche Synchronisation angesprochen. Er weise darauf hin, dass die Kalkulationsbasis nicht auf Fristen ausgerichtet sei, um das Ganze beispielsweise auf 2 Jahre vor Ablauf des Baurechtsvertrages zu limitieren, ansonsten dem gegenüber auch die ganzen Abschreibungen bis zu diesem Zeitpunkt zu Ende geführt sein müssten, was nicht der Fall sei. Schlussendlich stehe heute der Maximalbetrag von Fr. 607'000.00 zur Debatte, der im Rahmen der Teuerung indexiert würde.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag A** der EVP/glp-Fraktion (**Textergänzung** im Beschlussesentwurf, Punkt 4. des grau hinterlegten Gemeindebeschlusses):

**4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Insbesondere wird er beauftragt, Anstrengungen zur Bereinigung des Aktionariats der KEB AG mit dem Ziel eines Alleinaktionariats der Stadt Langenthal zu unternehmen. Dazu führt er Verhandlungen mit den übrigen Aktionärinnen und Aktionären der KEB AG.**

- Der Stadtrat stimmt dem **Antrag A** der EVP/glp-Fraktion mit 18 Stimmen Ja gegen 8 Stimmen Nein (bei 7 Enthaltungen) zu.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadträtin Beatrice Lüthi, wonach die Bewilligung von Ausgaben bis am 31. März 2021 zu befristen sind (**Textergänzung** im Beschlussesentwurf, Punkt 3. des grau hinterlegten Gemeindebeschlusses gemäss folgendem Textvorschlag):

3. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der KEB AG** ..... dem Ausgangsindex um 5% verändert hat. **Die Bewilligung der finanziellen Ausgaben sind bis zum 31. März 2021 befristet.**

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag von Stadträtin Beatrice Lüthi mit 22 Stimmen Nein gegen 7 Stimmen Ja (bei 4 Enthaltungen) ab.**

## III Abstimmung:

### B Abstimmung über den grau hinterlegten Teil des Beschlussesentwurfs

**Der Stadtrat beschliesst mit 25 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 8 Enthaltungen):**

#### 1. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

##### Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 und 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnissnahme der Botschaft des Stadtrates vom 28. Juni 2010,

beschliesst:

1. Der **wirtschaftlichen Sanierung der KEB AG und der Sicherung der Zukunft der KEB AG gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft** wird zugestimmt.
  2. Zur **Finanzierung des Sanierungskonzeptes der KEB AG** wird ein Kredit von Fr. 2'225'001.00 bewilligt und zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010 vollständig abgeschrieben (beinhaltend den Schuldenerlass durch die Stadt von Fr. 905'001.00 sowie Schuldübernahme und Rückzahlung der Darlehen Dritter von Fr. 650'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 230.525.20 "Übernahme der Darlehen der KEB AG zur Tilgung" und der Finanzierung der Übernahme der Zusatztribünen durch die KEB AG von Fr. 670'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Konto 166.565.01 "Übernahme Tribünenanlagen durch KEB AG, Finanzierung").
  3. Zur **Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der KEB AG** wird eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von maximal Fr. 607'000.00, erstmals für das Jahr 2011, bewilligt (beinhaltend die Abgeltung für die Nutzung der Kunsteisbahn durch die Schulen inklusive Schulsport von Fr. 252'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung Konto 660.317.30 "Eintrittsgebühren" sowie von Fr. 355'000.00 als maximaler Betriebsbeitrag zu Lasten der Laufenden Rechnung Konto 166.365.23 "Kunsteisbahn Langenthal AG, Betriebsbeitrag"). Diese Entschädigungen werden der Teuerungsentwicklung dann angepasst, wenn sich der Landesindex der Konsumentenpreise gegenüber dem Ausgangsindex um 5% verändert hat.
  4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. **Insbesondere wird er beauftragt, Anstrengungen zur Bereinigung des Aktionariats der KEB AG mit dem Ziel eines Alleinaktionariats der Stadt Langenthal zu unternehmen. Dazu führt er Verhandlungen mit den übrigen Aktionärinnen und Aktionären der KEB AG.**
2. **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 9. Juni 2010** (Separater Beschluss = Buchstabe C).
  3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



## C Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 25./26. September 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei und bittet allfällige Voten, nach Aufruf der entsprechenden Seitenzahl, einzubringen.

Zur Seite 3 der Abstimmungsbotschaft (letzter Satz, grau hinterlegt) liege bereits ein während der Detailberatung eingereichter **Antrag B** zur **Ergänzung** des Textes **der EVP/glp-Fraktion** vor.

**...Der Weiterbestand des Angebotes der Kunsteisbahn in Langenthal setzt deshalb dringend eine wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft der KEB AG voraus. Dazu soll die KEB AG in der heutigen Rechtsform als Aktiengesellschaft belassen werden.**

**Auf eine Liquidation der KEB AG und eine Überführung der Kunsteisbahninfrastruktur in einen städtischen Betrieb wird nach ausführlichen Diskussionen und politischen Abwägungen verzichtet.**

**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Zur Seite 9, Ziffer 5.1 beantrage die SVP-Fraktion folgende **Textergänzung:**

...

**Aus diesem Grund sind nachhaltige Sanierungsmassnahmen nötig, um die Finanzierung der KEB AG und den Betrieb der Kunsteisbahn längerfristig sicher zu stellen, insbesondere weil ein Neubau in absehbarem Zeitraum kaum realisierbar erscheint.**

Die SVP-Fraktion wolle damit zum Ausdruck bringen, dass es einerseits um die Finanzierung der KEB AG gehe, aber an und für sich aber auch um den Betrieb. Mit dem Hinweis auf die fragliche Neubaurealisation bekomme der Stimmbürger Sicherheit, dass die Sanierung Sinn mache und auch, dass das Betriebsbudget für die nächsten Jahre sichergestellt werde, weil eine Diskussion für einen Neubau eben nicht heute oder morgen stattfinde.

**Urs Zurlinden:** Es könne ja sein, dass die SVP keine neue Eisbahn möchte, was ihr Recht sei. Er persönlich sei aber streng gegen die Formulierung des SVP-Antrages, weil seine Perspektive tatsächlich anders sei, nämlich so, wie sie nun einmal mit der Überweisung (Erheblicherklärung) des *Postulats (umgewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzepts und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen* am 26. Oktober 2009 beschlossen worden sei.

Seine Meinung sei dezidiert die, dass im Schoren weder der SCL, noch das Eislaufen Zukunft habe, da es weder für die Nachbarn, noch die Burgergemeinde, noch die KEB AG eine längerfristig tragbare Lösung gebe. Auch lasse sich der Betrieb im Schoren nie finanzieren. Zudem gebe es andere und viel modernere Konzepte (mit Drittfinanzierung und Drittbewirtschaftung) für eine solche Anlage. Er möchte sich auf keinen Fall diese Zukunft versperren, sondern im Gegenteil möchte er gerne formuliert haben, dass in Verbindung mit dem Sportstättenkonzept über einen Neubau (beispielsweise im Hard) nachgedacht werde, womit all die Probleme, die heute diskutiert werden, nicht vorhanden wären.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag B** der EVP/glp-Fraktion (**Textergänzung** in Abstimmungsbotschaft, Seite 3 unten (grau hinterlegt)):

...Der Weiterbestand des Angebotes der Kunsteisbahn in Langenthal setzt deshalb dringend eine wirtschaftliche Sanierung und Sicherung der Zukunft der KEB AG voraus. **Dazu soll die KEB AG in der heutigen Rechtsform als Aktiengesellschaft belassen werden.**

**Auf eine Liquidation der KEB AG und eine Überführung der Kunsteisbahninfrastruktur in einen städtischen Betrieb wird nach ausführlichen Diskussionen und politischen Abwägungen verzichtet.**

- Der Stadtrat stimmt dem Antrag B der EVP/glp-Fraktion mit 16 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen) zu.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag der SVP/-Fraktion (**Textergänzung** in Abstimmungsbotschaft, Seite 9, Ziffer 5.1:

...

Aus diesem Grund sind nachhaltige Sanierungsmassnahmen nötig, um die Finanzierung der KEB AG **und den Betrieb der Kunsteisbahn** längerfristig sicher zu stellen, **insbesondere weil ein Neubau in absehbarem Zeitraum kaum realisierbar erscheint.**

- Der Stadtrat stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion mit 16 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) zu.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zur Abstimmungsbotschaft inklusive den beschlossenen Textergänzungen:

- Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 9. Juni 2010 für die Gemeindeabstimmung vom 25./26. September 2010 - unter Einbezug der beschlossenen Änderungen - mit 28 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen).

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** unterbricht die Sitzung um **21.55 Uhr** für eine Verpflegungspause von 20 Minuten.



## 4. 1150 Jahre Langenthal; Stadtfest 2011; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Rahmenkredits zulasten der Investitionsrechnung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

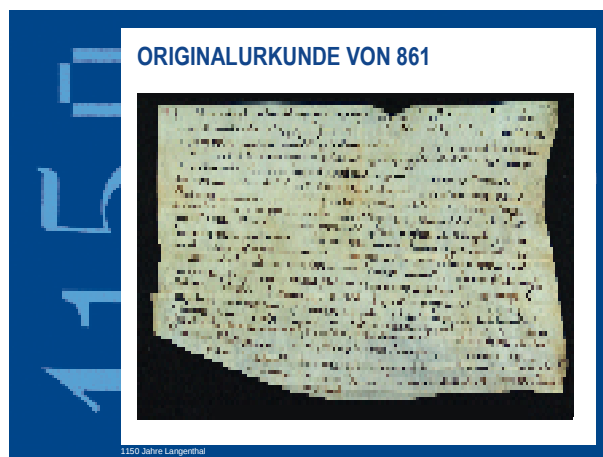
**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Langenthal könne und solle Feste feiern. Feiern gehöre zur gesellschaftlichen Kultur. Geburtstage oder Jahreszahlen, welche auf historische Gegebenheiten, wie die erstmalige urkundlicher Nennung der Gemeinde hinweisen, seien aus seiner Sicht wichtige Möglichkeiten und gute Gelegenheiten, sich einerseits auf die Vergangenheit zu besinnen, sich aber gleichzeitig auch mit der Zukunft zu befassen. Der Gemeinderat wolle die 1150 Jahre Langenthal gebührend feiern. Damit werde auch ein Ansinnen des Stadtrates aufgenommen, das aus dem am 21. August 2006 erheblich erklärten *Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend Jubiläumsfeier "1150 Jahre Langenthal"* hervorgehe.

Der Gemeinderat habe den Kontakt mit möglichen Gremien gesucht und habe Stadtrat Markus Bösiger als OK-Präsident gewinnen können. Er danke Stadtrat Markus Bösiger sowie dem als Projektteam benannten Komitee für die Bereitschaft, für dieses Fest einstehen zu wollen und für die Projektausarbeitung der anschliessend vom OK-Präsidenten Markus Bösiger vorgestellten Feierlichkeiten.

Das Projekt und der zugehörige Rahmenkredit werde dem Stadtrat heute zur Genehmigung vorgelegt. Als Stadtpräsident danke er dem Projektteam für all die guten Ideen und die bisher geleistete Arbeit. In Erwartung, dass auch der Stadtrat dem Geschäft heute zustimme und die Basis für die weiteren Vorbereitungen lege, freue er sich ausserordentlich auf das kommende Jahr. Die Bevölkerung Langenthals verdiene wirkliche Feierlichkeiten. Das Projekt erfordere einen Rahmenkredit von Fr. 700'000.00, den es im Jahr 2011 vollständig, entsprechend dem vorliegenden Beschlussesentwurf, abzuschreiben gelte. Es obliege dem Gemeinderat die Kredite der einzelnen Anlässe in der maximalen Gesamthöhe des Rahmenkredits zu genehmigen. Die Rechnungsführung werde von der Stadt vollzogen. Dem Projektteam werden direkt keine Mittel zufließen.

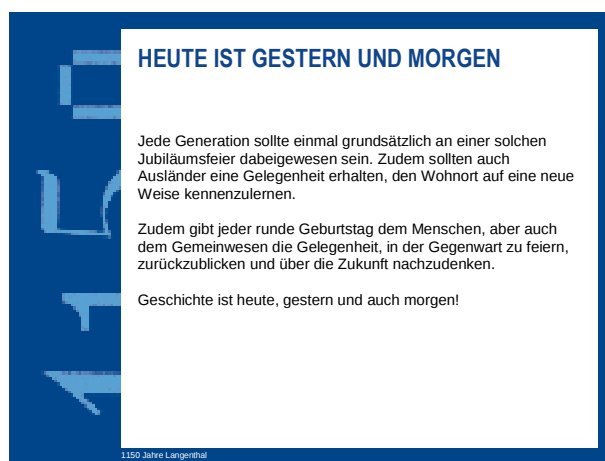
Verschiedene im Saal anwesende Personen seien an den Projektarbeiten involviert. Auch diesen danke er für ihre Arbeit.

**OK-Präsident 1150 Jahre Langenthal Markus Bösiger:** Er freue sich am heutigen Abend Gelegenheit zu haben, mittels der vorbereiteten Power-Point-Präsentation das Projekt etwas näher vorstellen zu dürfen. Das vom Gemeinderat eingesetzte Projektteam sei der Meinung, dass jede Generation einmal an einem solchen Jubiläumsfest dabei sein sollte. Das letzte grosse Stadtfest bzw. damals sei es noch ein Dorffest gewesen, habe interessanterweise - wie die Gründung der KEB AG - 1961 stattgefunden. Einige werden sich vermutlich noch an diesen Anlass erinnern können. Er sei damals in der ersten Klasse gewesen und könne sich noch an den auf dem Dästerplatz gebratenen Ochsen und an das Kinderfest erinnern.

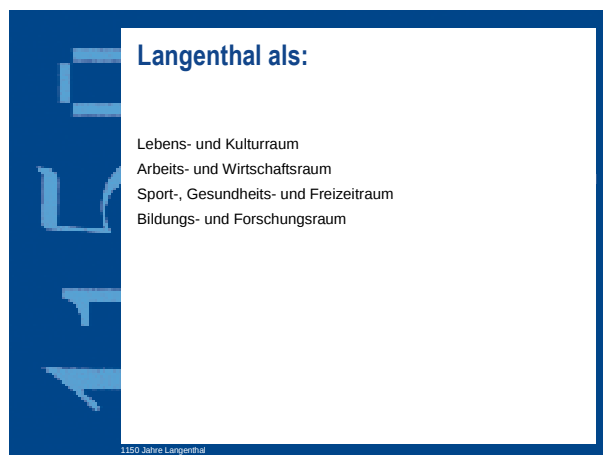


Vor 1150 Jahren sei der Namen Langenthal bzw. Langatun erstmals urkundlich erwähnt worden. Die am 12. Juli 861 in Mengen im Breisgau ausgestellte Urkunde befinde sich heute im Stiftsarchiv des Klosters St. Gallen. Das Komitee werde versuchen, die Urkunde nächstes Jahr nach Langenthal zu bekommen, um der Langenthaler Bevölkerung und den Schülern Gelegenheit zu geben diese Urkunde zu sehen.

Der runde Geburtstag gebe Gelegenheit zurückzuschauen, in der Gegenwart zu feiern und über die Zukunft nachzudenken - gemäss dem Motto: "Heute ist gestern und morgen".



Das Projekt mit den verschiedenen Anlässen beinhaltet das Ziel, die Vielfältigkeit Langenthals aufzuzeigen, viele Bürger aktiv und passiv anzusprechen und mit ins Fest einzubeziehen. Die Leitidee für die Jubiläumsaktivitäten basiere auf den Aussagen: "*Langenthal als Lebens- und Kulturraum, als Arbeits- und Wirtschaftsraum, als Sport- Gesundheits- und Freizeitraum und als Bildungs- und Forschungsraum*".





## Stadtrat

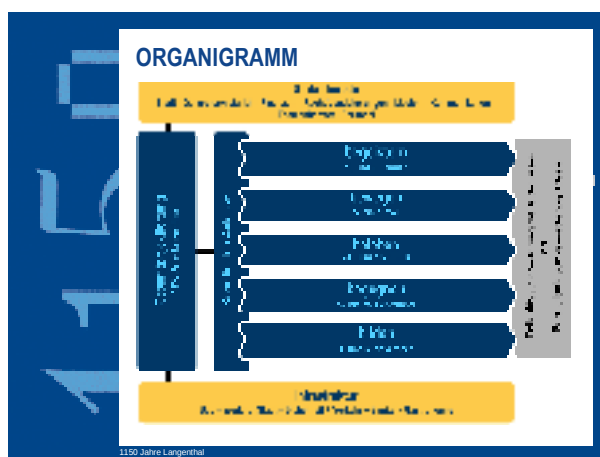
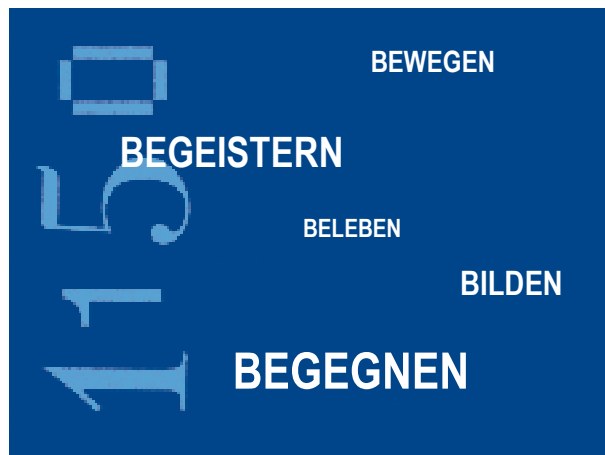
Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

Das Komitee schlage vor, den Geburtstag über das Jahr verteilt mit 5 Hauptanlässen zu feiern. Jeder dieser Hauptanlässe werde durch einen der Leitgedanken *"bewegen"*; *"begeistern"*; *"beleben"*; *"bilden"*; *"begegnen"* charakterisiert.

Für die Umsetzung der Aktivitäten sei ein Projektteam bzw. ein Organisationskomitee mit folgender Organisationsstruktur, die auf die 5 Hauptanlässe aufgebaut sei, gebildet worden:

Jeder der Hauptanlässe sei von einer autonomen Projektleitungsperson geführt. Koordiniert werden die Anlässe von der Gesamtprojektleitung (Kernteam mit Koordinator), die von den Bereichen Stabsdienste und Infrastruktur flankiert werden.

Die Organisation zusätzlicher Teil- und Parallelanlässe seien jederzeit möglich, wenn sie dem Festgedanken und dem Festmotto entsprechen. Sie würden ins Festprogramm aufgenommen und medial beworben.



| 1. BEGEISTERN AM 1. JANUAR PL = D. Rüegger |                                                                                                                                           |
|--------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ziel                                       | Die Bevölkerung für das Jubiläumsjahr sowie Langenthal als Lebens- und Wirkensstadt begeistern. Als Start ins Jubiläumsjahr.              |
| Inhalte                                    | Interreligiöse Feier mit Festansprache und musikalischer Umrahmung, im Zwinglihaus                                                        |
| Mitwirkende                                | kirchliche u. religiöse Institutionen die in Langenthal wirken.<br>Moderation Ruedi Josuran                                               |
| Nachhaltigkeit                             | Anschub und Förderung<br>• von regelmässigem Austausch<br>• von Toleranz und Akzeptanz zwischen verschiedenen Religionen und Konfessionen |

| 1. BEGEISTERN AM 9. JANUAR PL = D. Rüegger |                                                                                                                                                                                                                                            |
|--------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Inhalte                                    | Interkultureller Anlass mit verschiedenen Darbietungen im Theater                                                                                                                                                                          |
| Mitwirkende                                | Vereine die vor 1900 gegründet u. heute gesellschaftlich noch von Bedeutung sind<br><br>kulturelle Organisationen die in den letzten 20 Jahren aktiv geworden sind, namentlich auch Ausländerorganisationen<br>Moderation Kurt Aeschbacher |
| Nachhaltigkeit                             | Anschub und Förderung<br>• von regelmässigem Austausch<br>• von Toleranz und Akzeptanz zwischen verschiedenen Kulturen                                                                                                                     |



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010



1150 Jahre Langenthal

## 2. BEWEGEN 5. BIS 7. MAI

PL Paula Schaub

|                |                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ziel           | Die Bevölkerung begegnet sich in der Bewegung und bewegt sich in der Begegnung Als ergänzender Bestandteil zu „Langenthal bewegt“                                                                                                                                    |
| Inhalte        | <ul style="list-style-type: none"><li>• Vorbereitungskurse „Jogging“ u. „Walking“</li><li>• Mobile Sporthalle, Autogrammstunden mit Sportlern</li><li>• Abendveranstaltung heute – gestern – morgen: z.B. Breakdance, Hip Hop, Ballet, Turnen anno dazumal</li></ul> |
| Mitwirkende    | • Organisationen und Bevölkerung von Langenthal                                                                                                                                                                                                                      |
| Nachhaltigkeit | <ul style="list-style-type: none"><li>• Bewusstseinsbildung „bewegen“ und persönliche Befindlichkeit</li><li>• Initiierung eines</li><li>• 1150 Velo Jubiläumsparcour rund um Langenthal</li><li>• 1150 OL- Parcours fixes Postennetz</li></ul>                      |

1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



# Stadtrat

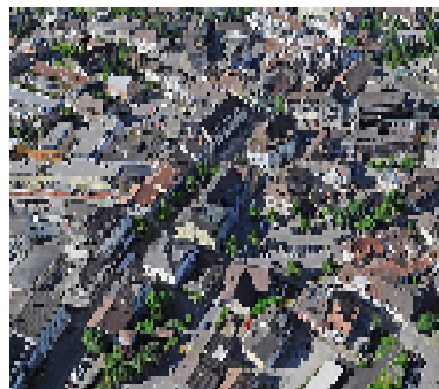
Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

## 3. BELEBEN 24. JUNI BIS 3. JULI

PL Armin Flükiger

|                |                                                                                                                                                                                                                                        |
|----------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ziel           | Mit verschiedenen Aktivitäten die Innenstadt, mit Schwerpunkt Marktgasse über mehrere Tage beleben                                                                                                                                     |
| Inhalte        | <p>Zum Motto „heute ist gestern und morgen“</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• See mit Bühne (Infrastruktur für versch. Anlässe)</li><li>• Modeshow, Brunches, Beizen, Bars, Tanz</li><li>• Kinderfest, Kinderumzug</li></ul> |
| Mitwirkende    | <ul style="list-style-type: none"><li>• Vereine, Organisationen, Musikformationen</li><li>• Schulen, Kadettenmusik</li><li>• Gewerbe Marktgasse</li><li>• etc.</li></ul>                                                               |
| Nachhaltigkeit | <ul style="list-style-type: none"><li>• Erinnerung an gute Begegnungen und Darbietungen</li><li>• Neuer Anschlag für obere Marktgasse</li><li>• Initiierung eines Kinderfestes alle 3 – 5 Jahre</li></ul>                              |

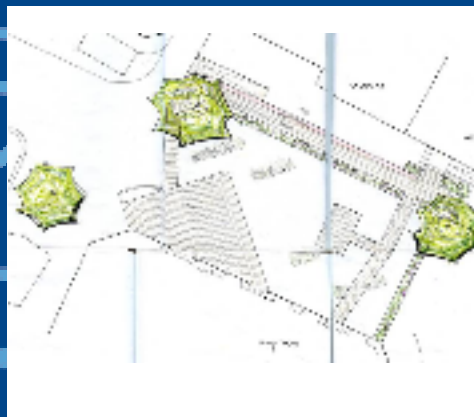
1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



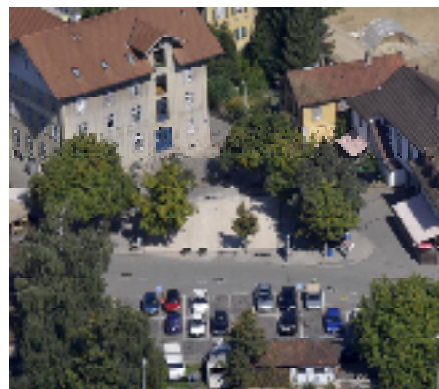
1150 Jahre Langenthal

## 4. BEGEGNEN 24. BIS 26. SEPTEMBER

PL Richard Bobst

|                |                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ziel           | Würdige Einweihung des neu gestalteten Wuhplatzes unter Einbezug der Anrainer. Ideen für künftige Nutzung als Begegnungs- und Empfangsort mit besonderer Ausstrahlung.                                                                                              |
| Inhalte        | <ul style="list-style-type: none"><li>• Einweihung Wuhplatz</li><li>• Wuhplatzfest</li><li>• Pétanque-Turnier</li><li>• Verschiedene musikalische Auftritte und Begegnungen</li><li>• etc.</li></ul>                                                                |
| Mitwirkende    | <ul style="list-style-type: none"><li>• Chrämerhus, verschiedene Vereine und Organisationen</li><li>• Befreundete Blasmusikvereine aus dem Ausland</li><li>• Anrainer Gastrobetriebe</li><li>• Partnergemeinden der Stadt von nah und fern</li><li>• etc.</li></ul> |
| Nachhaltigkeit | • Wuhplatz als Langenthals <b>Meeting - Point</b> installieren                                                                                                                                                                                                      |

1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal

## 5. BILDEN 4. BIS 5. NOVEMBER

PL Hans Pfaffli

|                |                                                                                                                                                                                                                                                |
|----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ziel           | Die Türen des Bildungszentrums Langenthal und seiner Institutionen, der Bevölkerung öffnen und das vielfältige Bildungsangebot präsentieren.<br>(Gewerbeschule, Gymnasium, KV)                                                                 |
| Inhalte        | <ul style="list-style-type: none"><li>• Schule gestern und morgen, Gesundheitsberufe</li><li>• Podiumsdiskussionen zu Wissens- und Bildungsthemen</li><li>• Foto OL</li><li>• Kunstführungen und Musical</li><li>• Elternbildungstag</li></ul> |
| Mitwirkende    | <ul style="list-style-type: none"><li>• Leitung, Lehrpersonal sowie Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums.</li><li>• Ehemalige Zukünftige</li></ul>                                                                              |
| Nachhaltigkeit | <ul style="list-style-type: none"><li>• Erweiterter Berufsbildungstag</li><li>• Stärkung des Bildungsstandorts Langenthal</li></ul>                                                                                                            |

1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



1150 Jahre Langenthal



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

Wie eingangs erwähnt, könne das Jubiläumsprogramm mit den 5 Hauptaktivitäten mit noch dazukommenden Teilanlässen oder mit Parallelanlässen, die irgendwann im Jahr stattfinden können, ergänzt werden.

Beispiele angedachter, oder bereits geplanter Parallelanlässe:

### PARALLELANLÄSSE

- Bibliothek

«Der Weg des Buches»  
Die Entstehungsgeschichte eines Buches.  
Gestern, Heute, Morgen

Die Entstehungsgeschichte eines lokalen Buches. Bspw. des Jubiläumsbandes.

1150 Jahre Langenthal

### PARALLELANLÄSSE

**AKTIVITÄTEN, DIE AUSSERHALB DER ANGESTAMMTEN TÄTIGKEITEN UND IM ZUSAMMENHANG MIT LANGENTHAL 1150 ORGANISIERT WERDEN**

- Museum

«Essen und Trinken in Langenthal».  
Teile der Ausstellung setzen sich mit unserem Motto auseinander. Heute ist...  
Events wie Essen und Trinken in früheren Zeiten werden nach Möglichkeit mit den Events in der Marktgasse Juni/Juli zusammengelegt.  
Besondere Veranstaltungen Museum und Historische Gesellschaft gemeinsam.  
Vernetzt mit den Historischen Features.

1150 Jahre Langenthal

### PARALLELANLÄSSE

- Jugendberatung Oberraargau  
Jugendaktion im September. Gestalten eines Totempfahles etc.  
Eventuell mit Schule für Gestaltung.
- Tokjo + SP  
Elternbildungstag. Idee: Im Saal des Spanier.  
Spielplatzgestaltung
- Doku Projekt  
«oral history» 10 Persönlichkeiten erzählen. Gebr. Heiniger
- Leuenbruggli/Frauenchor  
Gemeinsame Eröffnung einer Ausstellung: Strauss von Blumen.
- Historische Features im à la c'Arte  
Simon Kuert und Rainer Walker
- Langenthaler Wochenmarkt

1150 Jahre Langenthal

Um das ganze Projekt nach aussen sichtbar zu machen, sei ein Kommunikationskonzept erarbeitet worden. Die Kommunikation laufe beispielsweise mittels Flyer, Inseraten, Aufschaltungen auf der Homepage<sup>1</sup> (5x pro Jahr) um aufzuzeigen, was wahrgenommen werden wolle.

### KOMMUNIKATION



1150 Jahre Langenthal

Beispiel des Programms zum Anlass: *bewegen*

<sup>1</sup> [www.1150-langenthal.ch](http://www.1150-langenthal.ch)







## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Pierre Masson, SP/GL-Fraktion:** Für das Bewusstsein der Langenthalerinnen und Langenthaler seien solche Jubiläen sicher eine ausgezeichnete Angelegenheit. Auch die Idee, dass jede Generation einmal einen runden Geburtstag einer Einwohnergemeinde feiern könne, sei sicher eine grosse Sache. Trotzdem stelle sich die Frage, ob die Fr. 700'000.00, für einen mehr oder weniger runden Geburtstag, nicht doch etwas zu viel sei, angesichts der Tatsache, dass die meisten dieser Anlässe - mindestens in einer ähnlichen Form - bereits einmal durchgeführt worden seien.

Die SP/GL-Fraktion habe das Geschäft intensiv und teils kontrovers diskutiert. Schlussendlich habe sich eine knappe Mehrheit für die Projektgenehmigung und die Bewilligung des Rahmenkredits ausgesprochen.

Die Auswahl der 5 Themen sei überzeugend und decke ein grosses Interessenspektrum ab. Auch der Miteinbezug von unterschiedlichen Gruppierungen werde als grosse Chance für das Fest erachtet. Das Fest soll für alle sein - unabhängig davon wie alt oder jung man sei, woher man komme, oder wo man in der Gesellschaft stehe - also kein elitäres Fest für eine kleine privilegierte Schicht.

Anlass zur Diskussion habe auch der Punkt der Nachhaltigkeit gegeben. Es seien Fragen gestellt worden, ob der Nachhaltigkeit genügend Rechnung getragen werde? Was im Jahre 2012 von diesem Fest übrig bleibe? An dieser Stelle merke er an, dass in den Unterlagen (in der Beilage 1 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat; Seite 3 unter dem Punkt "Anlässe") stehe: *"... Projekte, die anlässlich eines Anlasses initiiert und ab diesem Zeitpunkt weiter entwickelt und realisiert werden."* Es werde diesbezüglich also etwas gemacht. Der SP/GL-Fraktion sei es nun ein Anliegen, dass es nicht nur bei schönen Formulierungen bleibe.

Das Potential eines solchen Anlasses müsse unbedingt genutzt werden. Und zwar so, dass Besucherinnen und Besucher im besten Fall als bessere Menschen wieder nach Hause gehen, ganz nach dem etwas gekürzten Motto: *"Heute ist morgen!"* Die SP/GL-Fraktion werde sicher ein wachsames Auge auf die angestrebte Nachhaltigkeit halten. Ein Wunsch aus der SP/GL-Fraktion sei der, dass die Kosten, die bei den Schulen für Umzüge und andere Aktivitäten anfallen, nicht zulasten der laufenden Rechnung aus den jeweiligen Schulkonti beglichen werden müssen.

**Armin Flükiger, SVP-Fraktion:** Es gelte den Schwung des vergangenen tollen kantonal-bernischen Jodlerfestes für die 1150-Jahr-Feier im nächsten Jahr auszunützen. An dieser Stelle gratuliere er dem OK-Präsidenten des Jodlerfestes, Stadtpräsident Thomas Rufener und seinen Helfern namens der SVP-Fraktion herzlich. Das Jodlerfest habe gezeigt, dass die Langenthaler festhalten können. Dementsprechend sollten sie nächstes Jahr wieder Gelegenheit dazu erhalten. Die SVP-Fraktion stimme grösstenteils der Idee und dem Rahmenkredit zu.

Das Motto spreche für das Fest. Auch, dass jede Generation die Möglichkeit erhalten sollte, ein solches Fest zu feiern. Auch die Idee, dass das Fest nicht nur zwei, drei Tage dauere, sondern, dass es über ein ganzes Jahr verteilt stattfinden soll, sei ein weiterer Punkt, der dafür spreche. Zudem seien die 5 gesetzten Schwerpunkte, bei denen Jung und Alt und alle Berufsgattungen mithelfen können, ein Vorteil.

In Bezug auf die Kosten habe sich die SVP-Fraktion für ein Ja zu den rund Fr. 700'000.00 ausgesprochen und sage deshalb auch Ja zum Fest. Zusammenfassend halt er fest, dass aufgrund der verschiedenen Ideen, und auch weil man einmal etwas ausgeben wolle, die SVP-Fraktion grösstenteils Ja zum Projekt und zum Budget sage.

**Beat Sterchi:** Er habe damals dem *Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend Jubiläumsfeier "1150 Jahre Langenthal"* zwar zugestimmt, könne die Kosten, wie sie nun vorliegen, aber nicht verantworten. Er habe das Gefühl, dass das Fest neben dem Grundgedanken - wie es die SP/GL-Fraktion bereits angetönt habe - vorbeigehe. Es gehe mehr nach dem Motto: *"grösser, lärmiger, teurer und noch glatter bis sauglatter"*. Es gebe so viele Anlässe, dass eigentlich der einzelne Anlass keinen bleibenden Eindruck hinterlassen könne. Er hätte sich einen Event, oder etwas wesentlich Bescheideneres, vorgestellt, was in Bezug auf die Entwicklung Langenthals vom Bauerndorf zur Stadt wesentlich besser gepasst hätte und ihm auch wesentlich besser gefallen würde. Die Vorfahren seien durch Fleiss, Eigeninitiative, Innovation und Sparsamkeit gross geworden. Diese Eigenschaften seien die Leitlinien für die Entwicklung Langenthals gewesen.



Wenn er den Inhalt der Feste anschau, finde er sich darin eigentlich nirgends. Komisch und unverständlich finde er auch, dass ein See angelegt werde, nachdem die Vorfahren Jahrhunderte lang gegen das Wasser in der Marktgasse gekämpft haben. Seiner Meinung habe das mit der Historie Langenthals nichts zu tun. Er fordere die Verantwortlichen zur Bescheidenheit auf, was wesentlich mehr Eindruck schaffen würde. Er sei für einen wesentlich kleineren Anlass im Sinne von Besinnlichkeit und Dank dafür, dass es uns eigentlich gut gehe. Das stünde der Stadt wesentlich besser an, als Fr. 700'000.00 für Lärm, Essen, Trinken ("Kultur") und für so genannte Nachhaltigkeit auszugeben. Dass die Investition eben nicht nachhaltig sei und bereits nach einem Jahr abgeschrieben werden müsse, gehe aus den Sätzen im Memo des Stadtschreibers vom 4. Mai 2010 (in der Beilage 2 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat; Seite 2/3) heraus: *"....Die Finanzierung ist zu Lasten der Investitionsrechnung vorgesehen. Es wird also ein Investitionskredit bewilligt. Ordentlicherweise sind Investitionskredite harmonisiert abzuschreiben. Gemäss den geltenden Bestimmungen bedeutet das eine Abschreibungsdauer von 33 Jahren. Das ist bei der Finanzierung des Stadtfestes nicht angezeigt. ..."*

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 2 Enthaltungen):**

- 1. Das Projekt "1150 Jahre Langenthal" gemäss Eingabe des OK Stadtfest (Projektdossier) vom 30. April 2010 wird genehmigt.**
- 2. Zur Finanzierung des Projektes "1150 Jahre Langenthal" wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 105.509.01 "1150 Jahre Langenthal" ein Rahmenkredit von Fr. 700'000.00 bewilligt.**  
**Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Objektkredite für die 5 Hauptanlässe zu Lasten des Rahmenkredites zu bewilligen.**
- 3. Allfällige Beiträge oder Einnahmen werden der Investitionsrechnung, Konto Nr. 105.639.01 "1150 Jahre Langenthal, Einnahmen" gutgeschrieben.**
- 4. Die Netto-Ausgaben gemäss diesem Beschluss werden über die Laufende Rechnung 2011 vollständig abgeschrieben.**
- 5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 5. Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard"; Erlass

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Es gehe um ein Landstück im Bereich des Dreilinden-Kreisels. Heute liege es in der Landwirtschaftszone, wogegen es früher sogar als Grundwasserschutzzone eingestuft gewesen sei. Der Bau der Bahn 2000 habe zu ganz neuen Verhältnissen geführt, so dass das Areal heute allseitig von Infrastrukturbauten umgeben sei und an seiner Nord-Ost-Seite direkt an das Lastwagen-Depot der Rö-Trans AG anstosse. Südlich des Areals befinde sich die Zürich-Bern-Strasse und nördlich davon das Trasse der Bahn 2000. Das Gebiet sei nach dem Bahnbau aus der Grundwasserschutzzone entlassen worden, habe für eine landwirtschaftliche Nutzung aber absolut keine Bedeutung.

Das Begehren für eine Umzonung der Landwirtschaftszone in eine spezielle Arbeitszone Aa sei deshalb in Angriff genommen worden, wozu die Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard" formell als planungsrechtliche Grundlage gedient habe. Die Umzonung in eine ordentliche Bauzone sei nicht in Frage gekommen, weil die Gewährleistung der Erschliessungsvoraussetzungen als unverhältnismässig erkannt worden seien - insbesondere in Bezug auf die limitierte Abwassermenge, die in der Überbauungsordnung aber explizit habe festgelegt werden können. Die Überbauungsordnung sei projektbezogen ausgearbeitet worden und ermögliche den Bau einer Garage, eines Occasionsmarkts und einer Autowaschanlage.

Die Burgergemeinde Schoren, als Landeigentümerin beabsichtige, das Areal der Firma Gautschi AG im Baurecht zu überlassen. In diesem Sinne erachte der Gemeinderat die vorliegende und zur Debatte stehende Vorlage als Wirtschaftsimpuls.

Die Bau- und Planungskommission werde in Artikel 9 der Überbauungsvorschriften mit der Aufgabe betraut, die differenzierten Gestaltungsauflagen, im Sinne einer optimalen Einpassung des Projekts, in die umliegende Landschaft zu veranlassen. Bei genauerem Hinsehen sei das nicht ganz so einfach, weil die Möglichkeiten der Überbaubarkeit schon rein wegen der nötigen Abstände und der Form des Grundstücks, sehr eingeschränkt seien.

Den Infrastruktur- und Erschliessungsvertrag brauche es zur Regelung der Erschliessung. In diesem Vertrag werde zudem die eigentlich übliche Abgeltung einer Mehrwertbeteiligung zwischen Stadt Langenthal und der Burgergemeinde Schoren geregelt. In einer gegenseitigen Abmachung seien Fr. 100'000.00, zahlbar innert 5 Jahren, vereinbart worden, was mit Schreiben des Burgerrats Schoren vom 3. Juni 2010 bestätigt worden sei. Es handle sich dabei also um keine klassische Mehrwertabschöpfung, sondern um eine "einfache" Überweisung eines Geldbetrages an die Stadt. Dieses Vorgehen - normalerweise seien es Direktleistungen an Infrastrukturanlagen - sei in verschiedenen Überbauungsordnungen in den letzten Jahren zur Anwendung gekommen. Formell sei die Situation so, dass der heutige Beschluss in diesem Punkt unter Vorbehalt gefasst werden müsse, weil die Burgerversammlung Schoren am 2. Juli 2010 dem Geschäft (der Abgeltung von Fr. 100'000.00) noch zustimmen müsse. Die Vorzeichen seien aber sehr positiv, weil das Geschäft eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten darstelle: Die Stadt könne ein Areal, das heute nicht mehr zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet sei, einer gewerblich-industriellen Nutzung zuführen; die Burgergemeinde Schoren könne einen Baurechtsvertrag abschliessen; die Baurechtsnehmerin (Firma Gautschi AG) könne damit ein Projekt realisieren.



**Urs Zurlinden, GPK-Vizepräsident:** In der Geschäftsprüfungskommission seien zwei Punkte diskutiert worden:

- Die Geschäftsprüfungskommission habe zur Kenntnis genommen, dass es sich um eine besondere Überbauungsordnung handle, da sie um ein fertiges Bauprojekt herum ausgearbeitet worden sei. Normalerweise werde eine Überbauungsordnung, die baurechtliche Vorschriften enthalte und vorschreibe, wie sich die Stadt baulich und raumplanerisch und letztlich auch ästhetisch zu entwickeln habe. Erst nachher werden aufgrund der Sonderbauvorschriften konkrete Projekte ausgearbeitet und eingereicht, die eben den spezifischen, in der Überbauungsordnung festgelegten Sondernutzungen entsprechen. Im vorliegenden Fall sei zuerst die Bauabsicht mit einem konkreten Projekt vorhanden gewesen, so dass quasi erst jetzt eine Überbauungsordnung hinten nach geschoben werden müsse. Die Geschäftsprüfungskommission gehe davon aus, dass dieser Ablauf eine Ausnahme sei und, dass das Instrument der Überbauungsordnung nicht verwässert werde. In diesem Zusammenhang vertraue die Geschäftsprüfungskommission auf die Kompetenz der Fachspezialisten in der Bau- und Planungskommission.
- Das Land gewinne durch die Umzonung von Landwirtschaftsland in Bauland beträchtlich an Wert. Es wäre denkbar - in anderen Gemeinden werde das so gemacht - dass der Grundeigentümer für diesen Mehrwert einen Obolus zahlen müsse. Die Stadt Langenthal habe keine entsprechenden rechtlichen Grundlagen, um einen solchen Obolus obligatorisch einzutreiben. Sie habe in der Vergangenheit auf freiwillige Abgaben der beglückten Grundeigentümer gehofft, was offenbar schon verschiedentlich geklappt habe. Aus rechtstaatlicher Sicht sei dies aber ein fragwürdiges Vorgehen. Insbesondere bleibe diffus, für was diese freiwilligen Abgaben dann eigentlich verwendet werden. Wenn damit irgendwelche Kässelis alimentiert würden, um vielleicht einen Kreisel zu verschönern, wäre das zwar löblich, aber völlig intransparent.

Im vorliegenden Fall habe die Burgergemeinde Schoren als Landbesitzerin versprochen, freiwillig Fr. 100'000.00 für den Mehrwert, den das Land durch die Überbauungsordnung erhalte, zu spenden. *"Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul"* und doch sei es für die Geschäftsprüfungskommission, die die Abläufe von Geschäften zu beurteilen habe, störend, dass die Spende der Burgergemeinde Schoren erst nach der heutigen Beschlussfassung am 2. Juli 2010 an der Burgerversammlung verbindlich bewilligt werden soll. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat einen entsprechenden Vorbehalt in den vorliegenden Beschlussesentwurf einbauen müssen, mit der Folge, dass wenn die Burgerversammlung zu diesen freiwilligen Fr. 100'000.00 Nein sagen würde, das ganze Geschäft "im Eimer" wäre und neu verhandelt werden müsste. Das wäre sicher nicht im Sinne der Stadt, die mit der Überbauungsordnung einer KMU die Möglichkeit geben möchte, sich wirtschaftlich zu entfalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

**Luzia Bossard, SP/GL-Fraktion:** Mit der Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard" gehe zwar keine grosse Fläche, nichts desto Trotz aber ein Stück Land verloren und somit eine Fläche Natur die - aus ihrer persönlichen, grünen Sicht - ungenutzt bleiben dürfte. Industriell ungenutzt, heisse noch lange nicht, dass dort kein biologisches Leben stattfindet.

Da die Stadt nur wenig Industrielandreserve habe, sollte diese Reserve - im Sinne einer Energiestadt - für innovative Unternehmen, die im Bereich von nachhaltigen Technologien tätig sind, frei gehalten werden. Mit der Umzonung werde nun mit speziellen Auflagen auf diesem Areal eine Autogarage, eine Autowaschanlage und ein Occasionsmarkt geplant. Die Stadt müsste Leitplanken setzen und nicht einfach nehmen, was komme und zudem auf den ersten Blick oberflächlich passe. Obwohl es in der SP/GL-Fraktion Stimmen in diese Richtung gebe, werde die vorliegende Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard" grossmehrheitlich angenommen.

**Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion:** Die Umzonung in eine Arbeitszone Aa sei eine logische Schlussfolgerung, die sich aus der Tatsache ergebe, dass die zwischen der Bahn 2000 und der Zürich-Bern-Strasse befindliche Landwirtschaftszone schwierig zu bewirtschaften sei. Die SVP-Fraktion erachte auch den Infrastruktur- und Erschliessungsvertrag als sehr gut und begrüsse es, dass der Mehrwert, der durch die Umzonung entstehe, der Öffentlichkeit - hoffentlich zu einem guten Zweck - zu Gute komme. Die SVP-Fraktion stimme dem vorliegenden Geschäft zu.



**Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die vorliegende Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard" und sei auch mit dem Vorbehalt betreffend die eigentumsrechtliche Bereinigung einverstanden. Klar sei, dass eine Autogarage mit Waschanlage und Occasionsmarkt nicht unbedingt einen Blickfang darstelle. Andererseits sei die Parzelle zwischen der Zürich-Bern-Strasse und der Bahnlinie eingeklemmt, so dass eine Nutzung extrem schwierig sei und auch keine grossen Spielräume für eine Zonierung und Erschliessung offen lasse. Zudem bilde das Vis-à-vis dieser Parzelle mit Rasenmähern und einem alten Kampfjet auf einem Ständer ja quasi eine Artverwandtschaft.

Fraglich sei, was wäre, wenn die die Burgergemeindeversammlung Schoren dem Geschäft am 2. Juli 2010 nicht zustimmen würde. Vermutlich könnte die Überbauungsordnung in diesem Fall nicht genehmigt werden und das ganze Geschäft müsste neu aufgegleist werden. Diesbezüglich sei gemäss dem Stadtpräsidenten aber nichts zu befürchten.

Ein weiterer erwähnenswerter Punkt sei, dass bei einer Teilrevision des Baureglements die bis anhin freiwilligen Mehrwertbeteiligungen eventuell reglementiert werden sollten, wie das in anderen Gemeinden bereits der Fall sei.

In Bezug auf den Projektablauf weise die EVP/glp-Fraktion darauf hin, dass projektgebundene Überbauungsordnungen eigentlich nichts Spezielles seien und in Baugebieten mit schwierigen Verhältnissen zum Teil sogar oft gefordert werden.

**Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die vorliegende Überbauungsordnung. Es sei längst fällig, den mittlerweile über 8 Jahre dauernden Prozess zu einem positiven Abschluss zu bringen, um so einem ortsansässigen Unternehmen zusätzliche Investitionen sowie die Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Interessant sei, dass der Gemeinderat selber am 2. Juni 2010 festgestellt habe, dass immer noch drei Pendenzen nicht erledigt seien:

- Pendenz 1 führe dazu, dass der Vorlage heute nur unter Vorbehalt der Zustimmung der Burgerversammlung Schoren zugestimmt werden könne.
- Pendenz 2 bestehe darin, die Mehrwertbeteiligung von der Freiwilligkeit auf eine juristisch korrekte Basis zu stellen.
- Pendenz 3 beziehe sich auf den Standort der geplanten Bauten. Diese kommen an einen für die Stadt wichtigen Ort, nämlich am Stadteingang zu stehen. Gemäss der expliziten Formulierung in den Überbauungsvorschriften - die von der FDP/jll-Fraktion als positiv erachtet werden - müssen die Gebäulichkeiten repräsentativen Charakter haben und hohen ästhetischen Anforderungen Stand halten. Diesbezüglich sei die FDP/jll-Fraktion gespannt...

**Beat Sterchi:** Der guten Ordnung halber verweise er auf Artikel 142 des kantonalen Baugesetzes (BauG)<sup>1</sup>, welcher vorsehe, dass solche Mehrwertabschöpfungen gemacht werden können. Man könne auf zwei Arten vorgehen: Einerseits gemäss Art. 142 BauG per Vertrag oder andererseits generell per Reglement. Nun einfach - und quasi auch noch öffentlich - zu behaupten, dass es sich um widerrechtliche Zahlungen handle, sei total daneben. Die Abgeltung sei legal und korrekt in einem Vertrag abgeschlossen worden. "Dix it!"<sup>2</sup>

<sup>1</sup> **Art. 142 BauG:** Die Planungsvorteile werden durch die Steuergesetzgebung erfasst. Ausserdem können sich die Grundeigentümer, denen durch Planungsmassnahmen zusätzliche Vorteile verschafft werden, insbesondere bei der Bewilligung besonderer Bauten und Anlagen oder von grösseren Überbauungen, vertraglich verpflichten, einen angemessenen Anteil des Planungsmehrwertes für bestimmte öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.

<sup>2</sup> = ipse dixit: [http://de.wikipedia.org/wiki/Ipse\\_dixit](http://de.wikipedia.org/wiki/Ipse_dixit)



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums und unter dem Vorbehalt, dass die Bürgergemeindeversammlung an ihrer Sitzung vom 2. Juli 2010 betreffend die Abgeltung des Mehrwertes aus der Einzonung und betreffend den Landwert gemäss den Angaben des Schreibens des Burgerrates Schoren vom 3. Juni 2010 entscheidet -:**

- 1. Der Erlass der Überbauungsordnung Nr. 37 "Oberhard" wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 6. Schülertagesstätte Kreuzfeld; Turnhallenstrasse 18; Projekt Anbau Schülertagesstätte; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredites

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Reto Müller:** In Anbetracht der späten Stunde drücke er den beiden Angestellte der Kinderkrippe "Windrose", Frau Streuli und Frau Schaad, seine Hochachtung aus, dass sie nach wie vor ausharrenderweise im Saal anwesend sind.

Langenthal könne sich schlecht betreute Kinder nicht leisten. Schlechte Kinderbetreuung würde sich weder sozial, noch wirtschaftlich begründen lassen. Langenthal brauche eine gute Kinderbetreuung. Demgemäss habe der Gemeinderat via die Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 -2012 (siehe Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft; Zielbereich 10. Chancengerechtigkeit) den Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Förderung der Chancengleichheit und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschlossen. Mit der Zustimmung zum vorliegenden Projekt könne dieses Ziel nun vollzogen werden.

Der Bedarf für den Ausbau sei mehr als ausgewiesen. Die Wartliste in der Krippe umfasse momentan 41 Kinder. Die Wartezeit betrage somit um 1 ½ Jahre bis 2 Jahre. Wenn jemand seine Familienplanung heute noch machen wollte, käme er zum Schluss, dass dies etwas schwierig sei, da er ein Kind heute bereits bei Frau Schaad anmelden müsste, wenn er in etwa in einem Jahr in die Produktion eintreten möchte.

Nachdem die schulergänzende Betreuung ab August 2010 ausgebaut werde, werde damit gerechnet, dass die Warteliste mit der GEF-finanzierten familienergänzenden Betreuung sukzessive abgebaut werden könne. Die GEF habe auch in diesem Bereich eine kantonale Zielgrösse formuliert (10% aller Vorschulkinder sollen einen Kinderbetreuungsplatz haben). Mit den neu dann 56 subventionierten Kita-Plätzen und den 7 privat finanzierten KiTa-Plätzen nähere sich die Stadt Langenthal (mit dem Ausbau) der Zielgrösse ziemlich an. In den Kommissionen sei das Geschäft eigentlich unbestritten gewesen, weil aus den vier baulichen Varianten die beste Möglichkeit ausgewählt worden sei und das in Absprache mit dem Krippenvorstand und des Krippenvereins.

Die Erweiterung garantiere die wirklich dringende Sanierung des bestehenden Gebäudes und somit den optimalen Ausbau des Standorts, in welchem die Kinderkrippe "Windrose" bereits untergebracht sei. Der Finanzierungsnachweis liege vor; das Geschäft werde über den Mietzins refinanziert. Dieser Punkt habe dazu geführt, dass der Krippenvorstand zwischenzeitlich etwas gezögert habe. Die Raumkosten, die über den Finanz- und Lastenausgleich erzeugt werden können, werden künftig bei Fr. 1.07 sein, was Fr. 0.20 höher als der kantonale Mittelwert sei. Dies gehe zulasten der Fr. 11.10 pro Platz und Stunde, die die Krippe zur Berechnung der Normkosten gemäss dem kantonalen Lastenausgleich berechnen könne. Aus Sicht der Stadt sei dies nicht weiter tragisch, wenn eine gute Belegung bestehe. Die Raumkosten für die Kindertagesstätte Hard beispielsweise seien mit Fr. 2.00 pro Stunde und Platz noch höher.

In der Geschäftsprüfungskommission sei die Frage aufgeworfen worden, warum sich die Stadt keine Kindertagesstätte leiste bzw. warum nicht mehr an Mietzins angerechnet werde? Antwort: Weil dies einen Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich habe. Der Gemeinderat sei der Überzeugung - im Wissen dass andere Gemeinden dies so handhaben - richtig zu handeln, keine Quersubventionierung zu wollen, weil man sonst - was die Betreuungssätze für den Kanton im Finanz- und Lastenausgleich betreffe - auch den Mittelwert des Kantons torpedieren würde, so dass es diesbezüglich nie zu einer Angleichung kommen würde.

Mit der "Windrose" habe Langenthal eine Partnerin, die ein qualitativ hochstehendes KiTa-Angebot anbiete, das nun von der Stadt gerne ausgebaut werden möchte. Der Gemeinderat stehe hinter dem Ausbau.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Urs Zurlinden, GPK-Vizepräsident:** Dass die Schülertagesstätte erweitert werde, sei unbestritten eine ganz gute Sache. Das Bedürfnis nach mehr Kinderbetreuungsplätzen sei gegeben, der Standort auch und das Anbauprojekt gefalle. Die Geschäftsprüfungskommission sei versucht gewesen, das Geschäft begeistert durchzuwinken, wenn in der Beilage 1 zum Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat (Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Januar 2010, Seite 10/11) nicht der Satz stehen würde: *"Die Investition wird über künftige Mietzinseinnahmen refinanziert."* Dieses Versprechen habe in der Geschäftsprüfungskommission etliche Zweifel ausgelöst. Getragen werde die erweiterte Schülertagesstätte vom Krippenverein. Dieser private Verein zahle heute als Trägerschaft dieser löblichen Institution eine Miete von rund Fr. 2'000.00 pro Monat. Nach dem Anbau werde die Miete um mehr als das Doppelte auf Fr. 5'000.00 steigen. Dies könne der Krippenverein, welcher bisher praktisch ohne öffentliche Subventionen ausgekommen sei, mit diesen neuen 10 Plätzen, die nach dem Anbau bestehen werden, selbstverständlich nicht zahlen. Diese Rechnung könne sicher nicht aufgehen. Somit müsse der Krippenverein in nächster Zeit mit irgendwelchen Gesuchen auf finanzielle Unterstützung an die Stadt gelangen. Damit sei die vorgelegte Formulierung gelinde gesagt irreführend, wenn nicht sogar falsch. Die Geschäftsprüfungskommission stimme dem Geschäft trotzdem zu, obwohl es ihren Mitgliedern bedeutend wohler wäre, wenn dieser ominöse Satz betreffend die Refinanzierung ersatzlos gestrichen würde.

**Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion:** Langenthal brauche dringend mehr Kinderbetreuungsplätze, was einerseits die lange Warteliste und andererseits die kantonalen Vorschriften zeigen. Mit 700 Kindern im Vorschulalter müsste Langenthal mindestens 70 Krippenplätze zur Verfügung stellen. Auch nach dem Ausbau sei das Ziel aber noch nicht erreicht.

Der Ausbau von 10 Krippenplätzen und die gleichzeitige Sanierung der bestehenden Anlagen, sei der SP/GL-Fraktion sehr wichtig. In der Kindertagesstätte werde die Betreuung von Kindern übernommen. Die Erziehung, die Verantwortung und Vorbild zu sein, würde aber nach wie vor bei den Eltern liegen. Die Kindererziehung sei ein harter, aber der nachhaltigste Job, den es gebe. Aus diesem Grund müsse die Erziehungsverantwortung vermehrt mit viel Anerkennung und Respekt aufgewertet werden.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze das Geschäft einstimmig.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion habe die Schülertagesstättevorlage eingehend geprüft. Sie sei mit der fundierten Projektplanung einverstanden und unterstütze das Vorhaben und damit die Bewilligung des Gesamtkredits von Fr. 750'000.00. Der Ausbau der Schülertagesstätte sei notwendig, wobei die EVP/glp-Fraktion die Kosten für den Anbau als an der oberen Grenze erachte. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze, dass durch den Anbau weitere Krippenplätze entstehen, womit eine grössere Anzahl Kinder aufgenommen werden kann.

**Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion:** Das vorliegende Projekt sei nötig und wichtig. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderates in der vorliegenden Form. Allerdings habe die Refinanzierung der Investition, die über höhere Mieten erfolgen soll, auch in der FDP/jll-Fraktion Fragen aufgeworfen. Dementsprechend dürfe man gespannt sein, ob die Rechnung so aufgehe.

**Armin Flükiger, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion stimme der Vorlage mehrheitlich und ohne all zu grosser Freude zu. Es sei einfach heute so, dass man sich nicht gegen familienergänzende Kinderbetreuung zur Förderung der Chancengleichheit und zur Vereinbarung von Beruf und Familie stellen könne. Trotzdem müsse man sich aber bewusst sein, dass die Stadt nicht verpflichtet sei, solche Institutionen zu haben. Folgende Punkte sprechen für den positiven Entscheid der SVP-Fraktion:

- Entsprechend der gesellschaftspolitischen Situation, sei die Notwendigkeit sichergestellt.
- Der Standort Langenthal sei sehr wichtig für Leute die hier her kommen. Der Standort sei ausgezeichnet.



Was die Refinanzierung betreffen, habe er offenbar andere Unterlagen als Stadtrat Urs Zurlinden. Im Punkt "9.4 Finanzierungsnachweis" (Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Januar 2010, Seite 9/11) stehe, und er habe es sich vom Chef des Sozialamtes versichern lassen, dass die Finanzierung vom Kanton übernommen werde. Für ihn persönlich sei zudem wichtig, dass eine KiTa eine gute Basis für das soziale Verhalten von vorschulaltrigen Kindern lege, um ihnen den Eintritt in die Schule später zu vereinfachen.

**Patrick Freudiger:** In Anlehnung an das Gesagte von Stadtrat Armin Flükiger halte er fest, dass die Stadt Langenthal aufgrund kantonaler oder eidgenössischer Gesetzgebung nicht verpflichtet sei, das vorliegende Geschäft zu genehmigen. Seine Vorredner hätten von Fehlendem in der Familienbetreuung gesprochen. Er weise darauf hin, dass bereits heute in Langenthal ein relativ breites Angebot an familienexternen Betreuungsmöglichkeiten bestehe. Im Grundsatz fange dies bereits in der Schule und somit bei den eigentlichen Bildungsinstitutionen an. Es gehe weiter über das Tagesschulangebot des Vereins "leolea", worüber an der Stadtratssitzung vom 10. Mai 2010 (Traktandum Nr. 1) ein Kreditbeschluss gefasst worden sei, es gebe die Windrose sowie die privaten Angebote und nicht zuletzt gehöre in diesem Zusammenhang auch das Angebot des Kinderheims Schoren dazu. Für den Bedarfsfall gebe es in Langenthal also Strukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung. Ebenfalls gebe es Strukturen für Fälle, in denen die elterliche Erziehung versage und es nötig sei, dass der Staat eingreife. Mit dem vorliegenden Geschäft bewege man sich tendenziell Richtung Giesskannenprinzip.

Er verweise auf Punkt "5.2 Sozialamt" (Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 11. Januar 2010, Seite 6/11), worin das Sozialamt eine Einschätzung liefere, in welche Richtung es mit der familienergänzenden Kinderbetreuung gehe. In Anlehnung an eine Schätzung des Regierungsrates sei die Rede davon, dass in 10 Jahren 20% der Vorschulkinder an 2 ½ Tagen pro Woche mit öffentlich finanzierten Angeboten betreut werden sollen. Bei 20% gehe es nicht mehr um den Bedarfsfall, sondern es handle sich um das Giesskannenprinzip. Noch weiter gehe die Schätzung der UNICEF, die von 25% der Kinder unter drei Jahren rede, die extern betreut werden. Und die Zielsetzung von EU Mitgliedstaaten gehe sogar von 33% aus. Er sei versucht von DDR-Ideologien zu sprechen, und glaube, dass hier eine Grenze gezogen werden müsse. Als Grundsatz müsse seiner Meinung klar sein, dass die Erziehung Sache der Familie und nicht die der familienergänzenden Institutionen sein müsse.

Wenn die Erziehung immer mehr zur Hauptsache der familienergänzenden Institutionen gemacht werde, dann werde sich der Staat übernehmen. Er sei der Meinung, dass Familien gefördert werden sollen, anstatt sie mit einem zu grossen Angebot an staatlichen Parallelstrukturen zu konkurrenzieren. Er sei der Meinung, dass die Eltern ermuntert werden sollen, ihre Kinderbetreuung selber zu organisieren - sei es nun über eine Arbeitsteilung innerhalb der Familie, oder über Verwandte oder über private Angebote (beispielsweise private Kindertageschulen). Die Eltern sollten nicht von der Erziehungsverantwortung dispensiert werden. Dafür bestehe kein öffentliches Interesse!

Er habe in der Argumentation des Gemeinderates einen Widerspruch ausgemacht: Von einem wachsenden Bedürfnis der Wirtschaft nach familienergänzenden Strukturen sei die Rede. Wenn die Wirtschaft ein wachsendes Bedürfnis habe, dann solle die Wirtschaft auch entsprechend dafür zahlen. Schliesslich sei es immer noch so, dass der Staat dort einspringen soll, wo das Spiel von Angebot und Nachfrage nicht funktioniere. Wenn also die Wirtschaft ein wachsendes Interesse habe, dann soll die Wirtschaft auch in die Pflicht genommen werden, so dass der Staat nicht an vorderster Front dabei sein müsse.

**Beatrice Greber:** Auch sie unterstütze sämtliche Eltern, die ihre Kinder selber betreuen. In Langenthal gebe es 700 Kinder im Vorschulalter und 50 Krippenplätze. Dementsprechend würden also noch sehr viele Kinder zuhause betreut, was ihrer Meinung nach grosse Anerkennung verdiene. Oft werde nur von Auswärtsbetreuung gesprochen, so dass sich Eltern, die ihre Kinder zuhause betreuen oftmals als etwas "daneben" vorkommen. Und trotzdem seien die Krippenplätze in Langenthal ein MUSS!



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28.Juni 2010

**Gemeinderat Reto Müller:** Im Namen des Gemeinderates danke er für die zustimmenden Voten, verwehre sich aber gegen die vom GPK-Vizepräsidenten geäusserte Kritik, dass der Gemeinderat falsch oder irreführend informiere und argumentiere. Ein solches Vorgehen würde jede Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat verunmöglichen. Er bitte die Geschäftsprüfungskommission deshalb dringend, ihre Rolle zu überdenken, was Vorwürfe an den Gemeinderat betreffe.

Die Fr. 5'000.00 seien ein ASIV-Angebot und somit ein Angebot des Kantons und werde über den FILAG finanziert. Mit dieser Finanzierung seien Fr. 11.10 pro Platz pro Stunde gerechnet, womit die Angebote finanziert werden müssen. Ein möglicher Elternbeitrag, der nach dem Einkommen bemessen werde, werde von diesen Fr. 11.10 pro Stunde und pro Platz abgezogen. Mit dieser Kostenobergrenze müsse die KiTa gemäss kantonalen Vorschriften arbeiten können. Der Kanton schreibe auch vor, was passiere, wenn die KiTas nicht mit diesen Normkosten arbeiten können: Ein mögliches Defizit, welches über diesen Normkosten liege, sei von der Stadt bzw. von der jeweiligen Gemeinde zu tragen.

Zu den von Stadtrat Patrick Freudiger erwähnten Schätzungen halte er fest, dass die Stadt Langenthal selber keine vorgenommen habe. Egal welche Ideologie man habe - ob es sich nun um die schönste Familienideologie vergangener Zeiten handle, oder auch nicht, könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bestehende lange Warteliste für Kinder im Vorschulbereich einfach da sei und die Nachfrage vorhanden sei. Das Angebot müsse geschaffen werden.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Stadtrat Stefan Grossenbacher, als der projektverfassende Architekt des vorliegenden Geschäfts, sich der Stimme enthalten werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 2 Enthaltungen):**

1. Das Projekt "Anbau Schülertagesstätte Turnhallenstrasse 18, 4900 Langenthal" wird genehmigt.
2. Der für die Ausführung des Projektes erforderliche Gesamtkredit von brutto Fr. 750'000.00 (inkl. MWSt) wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 536.503.02 ("Anbau Schülertagesstätte"), bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt, namentlich mit der entsprechenden Anpassung des Mietvertrages mit dem Krippenverein auf den Bezugszeitpunkt.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

### 7. Wahl eines Mitglieds der Sozialkommission (Ersatzwahl für die per 31. Juli 2010 demissionierende Lüthi Ruth [EVP])

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion schlägt Anita Steiner-Thaler, Lehrerin/Musikerin, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Sozialkommission vor.

#### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Anita Steiner -Thaler, Lehrerin/Musikerin (EVP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Sozialkommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 1. August 2010.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

**8. Postulat Lüthi Beatrice (FDP) und Freudiger Patrick (SVP) vom 10. Mai 2010: "Begegnungszone" Jurastrasse, Theatersträsschen, untere Marktgasse (Prüfung der Unterbreitung des Geschäftes an den Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung); Stellungnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt - gestützt auf das Einverständnis der Postulantin Stadträtin Beatrice Lüthi und des Postulanten Stadtrat Patrick Freudiger - **Ordnungsantrag, die Beratung des vorliegenden Traktandums, aufgrund der vorgerückten Stunde, auf die Stadtratssitzung am 23 August 2010 zu verschieben.**

- **Dem Ordnungsantrag von Stadtratspräsident Christoph Kuert, die Beratung auf die Stadtratssitzung am 23. August 2010 zu verschieben, wird mit 29 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

## 9. Interpellation Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010 betreffend die "Erotikmesse AMOR"; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** weist daraufhin, dass durch die entschuldigte Abwesenheit des Interpellanten, keine Stellungnahme erfolge. Herr Stadtrat Rudolf Lanz habe per E-Mail mitgeteilt, mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden zu sein.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 2. Juni 2010 zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

## 10. Mitteilungen des Gemeinderates

-



## 11 A. Eingereichte Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2010: Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates

Motionstext:

### **"Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates**

*"Der Gemeinderat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für eine Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates - mit Ausnahme der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten - zu erarbeiten.*

### *Begründung*

*Artikel 39, Absatz 2, der Langenthaler Stadtverfassung bestimmt u.a., dass die Mitglieder des Gemeinderates - mit Ausnahme der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten - nach Ablauf ihrer zweiten Amtsperiode für die ganze folgende Periode in die gleiche Behörde nicht wiederwählbar sind. Artikel 39, Absatz 3, besagt ausserdem, dass einem Mitglied des Gemeinderates, welches bei seiner Wahl die Amtsperiode seiner Vorgängerin oder seines Vorgängers beendet, diese erste Teilperiode als ganze angerechnet wird, sofern sie wenigstens 25 volle Monate betragen hat.*

*Konkret bedeutet dies, dass*

- *im Regelfall eine Gemeinderätin oder ein Gemeinderat - mit Ausnahme der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten - das Exekutivamt während 8 Jahren ausüben kann,*
- *die gesamte Amtszeit eines Mitgliedes des Gemeinderates, welches die Amtsperiode seiner Vorgängerin oder seines Vorgängers beendet, im besten Fall maximal 10 Jahre, im schlechtesten Fall maximal 6 Jahre und 1 Monat betragen kann.*

*Ein Vergleich mit denjenigen Berner Gemeinden, die ein Parlament haben, zeigt, dass die in der Stadt Langenthal bestehende Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates sehr aussergewöhnlich ist:*

| Gemeinden mit Parlament | Anzahl Amtsperioden (Gemeinderat) |
|-------------------------|-----------------------------------|
| Bern                    | 3                                 |
| Biel/Bienne             | unbeschränkt                      |
| Burgdorf                | 3                                 |
| Interlaken              | 3                                 |
| Köniz                   | 3                                 |
| La Neuveville           | 3                                 |
| Langenthal              | 2                                 |
| Langnau i. E.           | unbeschränkt                      |
| Lyss                    | 3                                 |
| Moutier                 | unbeschränkt                      |
| Münchenbuchsee          | 3                                 |
| Münsingen               | 2                                 |
| Muri b. Bern            | 3                                 |
| Nidau                   | unbeschränkt                      |
| Ostermundigen           | 3                                 |
| Spiez                   | 3                                 |
| Steffisburg             | unbeschränkt                      |
| St-Imier                | 4                                 |
| Thun                    | unbeschränkt                      |



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

|            |              |
|------------|--------------|
| Tramelan   | unbeschränkt |
| Worb       | unbeschränkt |
| Zollikofen | unbeschränkt |

*(Quelle: Amt für Gemeinden und Raumordnung, Auskunft vom 23. Juni 2010)*

*Neben der Stadt Langenthal hat somit lediglich die Gemeinde Münsingen eine analoge Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates. Höchst erstaunlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden mit Parlamenten gar keine Amtszeitbeschränkung kennt.*

*Ein ähnliches Bild zeigt im Übrigen eine Analyse sämtlicher Berner Gemeinden: Knapp 70 % aller Berner Gemeinden sehen für ihre Exekutivmitglieder mindestens drei Amtsperioden vor (vgl. [http://www.jgk.be.ch/site/index/agr/agr\\_gemeinden/agr\\_gemeinden\\_gemeindedaten/agr\\_gemeinden\\_gemeindedaten\\_statistische\\_daten.htm](http://www.jgk.be.ch/site/index/agr/agr_gemeinden/agr_gemeinden_gemeindedaten/agr_gemeinden_gemeindedaten_statistische_daten.htm))*

*Folgende Gründe sprechen für eine Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder des Gemeinderates:*

- *Mit einer Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung wird den nebenamtlichen Exekutivmitgliedern ein längeres Engagement für das Gemeinwesen ermöglicht. Längerdauernde, politische Geschäfte, die sich von der Initiative bis zur Realisierung oft über viele Jahre hinwegziehen, könnten konstanter begleitet werden, da Wechsel der politischen Verantwortlichkeiten weniger häufig vorkommen würden. Auf das Wissen und die Erfahrung bisheriger Exekutivmitglieder sollte die Stadt nicht einfach aus Gründen einer (zu) kurzen Amtszeit verzichten müssen.*
- *Bei der Neuwahl eines Mitgliedes in die Exekutive muss - wie im beruflichen Umfeld - mit einer intensiven Einarbeitungszeit gerechnet werden. Zu Beginn seiner Tätigkeit hat das neue Exekutivmitglied in hohem Masse das zu vollziehen, was Parlament und die übrige Exekutive, die aber zu Teilen nicht mehr amtieren, vorher entschieden oder zumindest eingefädelt haben. Erst nachher können die Neugewählten tatsächlich das Amt nach ihren Vorstellungen gestalten. Auch am Ende der Amtszeit muss mit Abschluss- oder Übergabearbeiten gerechnet werden. Somit verkürzt sich die effektive Zeitspanne, in der Exekutivmitglieder aktiv Impulse liefern, Projekte initiieren, begleiten oder abschliessen können.*
- *Die politische Legitimation der Mitglieder des Gemeinderates ist auch mit einer gelockerten Amtszeitbeschränkung gegeben: Die Mitglieder des Gemeinderates müssen sich jeweils alle vier Jahre einer Volkswahl stellen. Damit können die Stimmberechtigten an der Urne, falls aus ihrer Sicht nötig, eingreifen und einem bisherigen Mitglied des Gemeinderates die Wiederwahl verwehren. Zudem können die Mitglieder des Gemeinderates immer noch selbst entscheiden, ob sie (gesundheitlich) in der Lage sind, sich einer Wiederwahl zu stellen bzw. ob sie freiwillig vor Ablauf der Legislaturperiode zurücktreten wollen.*

*Zusammenfassend könnten mit einer Lockerung der bestehenden Amtszeitbeschränkung die Kontinuität, Effektivität und Konstanz in der Arbeit der Exekutive verbessert werden."*

*Daniel Steiner und Mitunterzeichnende*

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat



## 11 B. Eingereichtes Postulat Ischi Manuel (glp) vom 28. Juni 2010: Schaffung einer professionellen Kommunikationsstelle für die Stadt Langenthal

Postulatstext:

### **"Schaffung einer professionellen Kommunikationsstelle für die Stadt Langenthal"**

*Der Gemeinderat wird beauftragt die Schaffung einer professionellen Kommunikationsstelle in geeigneter Form (Insourcing zu x% oder Outsourcing, projektbezogen oder auf Retainer-Basis) zu prüfen. Das Ziel dieser Kommunikationsstelle ist es, die Kommunikation der gesamten Verwaltung in die Hände von Fachleuten zu legen, um mittel- bis langfristig das Image von Langenthal und die mediale Wirkung der Stadt positiv zu beeinflussen.*

### *Begründung*

*Seit Jahren leidet Langenthal unter einem für die Stadt nachteiligen Image, welches kürzlich wieder durch eine mangelhafte Kommunikationsleistung rund um die Erotikmesse zementiert wurde. Eine fach- und sachgerechte Informationsstrategie hätte den Imageschaden Langenthals (Langenthal ist prüde, in Langenthal weiss die Linke nicht was die Rechte tut) minimieren können.*

*Langenthals Resonanz in den regionalen und nationalen Medien ist häufig negativ: Die Stichworte Neonazi, Pnos, Schweizer Testmark, Durchschnittlichkeit und Minarett genügen als Hinweis. Darauf wird man als Langenthaler überall in der Schweiz angesprochen, wenn man sich als solcher outet.*

*Dieses Image ist nicht erstrebenswert für die Entwicklung Langenthals in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und touristischer Hinsicht. Kommunikationsfachleute dienen als «Übersetzer» behördlicher Vorgänge. Sie verhindern, dass die Innensicht der Behörde zum Inhalt der Information nach aussen wird und räumen so Missverständnisse aus.*

*Eine einheitliche, klare und verständliche Kommunikation in Richtung Medien, Bürgern, Gewerbe und Industrieunternehmen könnte mittelfristig für eine Verbesserung des Images sorgen.*

*Als Nebenprodukt verbessert eine Kommunikationsstelle auch die interne Kommunikation und fördert interne Synergien."*

*Manuel Ischi*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

### 12. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für die per 30. Juni 2010 demissionierende Lüthi Beatrice [FDP])

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Patric Oppong, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion schlägt Lukas Bissegger, Praktikant UBS, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit vor.

#### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**Lukas Bissegger/Praktikant UBS (jll), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 12. Juli 2010.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

### 13. Wahl eines Mitglieds der Sozialkommission (Ersatzwahl für die per 30. Juni 2010 demissionierende Lüthi Beatrice [FDP])

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion schlägt Stefanie Barben-Kohler, Hoteliere, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Sozialkommission vor.

#### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 32 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**Stefanie Barben-Kohler, Hoteliere (FDP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Sozialkommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 12. Juli 2010.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2010

## 14. In eigener Sache

### ■ Rücktritt von Stadträtin Aysel Güler-Kaya aus dem Stadtrat und der Kommission für öffentliche Sicherheit per 30. Juni 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Stadträtin Aysel Güler-Kaya (SP) habe mit Mail vom 27. Juni 2010 ihren Rücktritt aus dem Stadtrat sowie der Kommission für öffentliche Sicherheit per 30. Juni 2010 mitgeteilt.

Da Stadträtin Aysel Güler-Kaya an der heutigen Sitzung entschuldigt abwesend sei, könne sie leider nicht wie üblich verabschiedet werden. Er werde sich disbezüglich persönlich bei Frau Aysel Güler-Kaya melden, um sich für ihre Mitarbeit im Rat zu bedanken.

Vom: Aysel Güler <aguler@bsnew.ch>  
Datum: Sun, 27 Jun 2010 22:53:21 +0200  
An: <kuert@besonet.ch>, <rolf.basc@besonet.ch>  
Cc: <Rolf.Baer@langenthal.ch>  
Unterhaltung: Rücktritt aus dem Stadtrat und aus der KOS  
Betreff: Rücktritt aus dem Stadtrat und aus der KOS

Langenthal, 27. Juni 2010  
Rücktritt aus dem Stadtrat

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident,  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Es gibt für alle den Moment, den selbstbestimmten Moment, den ich heute ergreifen will. Deshalb trete ich bereits am 01. Juli 2010 aus dem Stadtrat und auch aus der Kommission für Öffentliche Sicherheit zurück. Dieser Entscheid ist mir nicht etwa leicht gefallen und beruht auf mannigfachen Überlegungen.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen der SP-Fraktion. Der Dank geht auch an alle Mitglieder dieses Parlamentes: Zu vielen von euch habe ich eine persönliche Beziehung knüpfen können, die ich vermissen werde.

Ich wünsche Euch in diesem Handeln eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Herzliche Grüsse

Aysel Güler

### ■ Rücktritt von Stadtrat Erich Burri aus dem Stadtrat per 30. Juni 2010

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Wie an der Stadtratssitzung am 10. Mai 2010 bereits bekannt gemacht worden sei, habe auch Stadtrat Erich Burri seinen Rücktritt per 30. Juni 2010 aus dem Stadtrat erklärt. An der heutigen Sitzung wolle er Stadtrat Erich Burri nun offiziell mit einem Strauss Blumen und folgenden Worten verabschieden:

*"Lieber Erich*

*Du hast 5 ½ Jahre im Stadtrat und 4 Jahre als Gemeinderat gewirkt und mehrere Jahre auch Kommissionsarbeit geleistet. Du hast Langenthal viel deiner Zeit, aber auch viel von deinem Fachwissen zur Verfügung gestellt. Dafür bedanke ich mich bei dir im Namen des ganzen Rates herzlich!*

*Als Mitglied des Wahlausschusses und der Arbeitsgruppe Mobilität bleibst du uns als politisch tätiger Mitbürger erhalten.*

*Ich kann deine Beweggründe zum Rücktritt sehr gut nachvollziehen, du möchtest deine Kräfte vor allen Dingen für die Erhaltung deiner Gesundheit einsetzen. Und dazu wünsche ich dir im Namen von uns allen viel Erfolg."*

**Erich Burri:** Er sage an dieser Stelle einfach Adieu. Adieu aus dem Stadtrat aber nicht Adieu von der politischen Bühne.

### ■ Stadtratssitzung am 23. August 2010; Sitzungsbeginn voraussichtlich 18.00 Uhr

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass die Stadtratssitzung am 23. August 2010 voraussichtlich um 18.00 Uhr beginnen wird.